



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1908**

37 (23.1.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-331913](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-331913)

General-Anzeiger



Abonnement:

20 Pfennig monatlich, Bringen 25 Pf. monatlich, durch die Post bez. incl. Porto ausschlag Nr. 343 pro Quartal, Einzel-Nummer 6 Pf.

Inserate:

Die Colonne-Peile . . . 25 Pf. Kurzweilige Inserate . . . 20 Die Reklame-Peile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen, Druckarbeiten 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

Nr. 37.

Donnerstag, 23. Januar 1908.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst 12 Seiten.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

Ch. Karlsruhe, 22. Jan.

Der erste Tag der allgemeinen politischen Debatte, die heute in der zweiten Kammer ihren Anfang nahm, war durch den scharfen Zusammenstoß zwischen dem Sprecher des Zentrums, dem Abg. Behnter, und dem Staatsminister Freiherr von Dusch bemerkenswert. Dieser Zusammenstoß zeigte zugleich deutlich, welche außerordentliche Spannung zwischen den Parteien der Rechten und der Linken, insbesondere zwischen Zentrum und Liberalen, besteht und in welcher scharfen Gegensatz sich das Zentrum zur Regierung stellt. Die Spannung wird, das ist unaussprechlich, sich in außerordentlich heftigen Redekämpfen auslösen, und man kann nach dem Verlauf des heutigen ersten Tages bereits sagen, daß die kommenden Auseinandersetzungen in der Abgeordnetenkammer an Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit den politischen Debatten des letzten Landtages in nichts nachstehen werden. Die Verantwortung dafür, daß in den nächsten vierzehn Tagen der Landtag wieder der Schauplatz leidenschaftlicher politischer Auseinandersetzungen sein wird, muß aber das Zentrum übernehmen, das diese Verantwortung nach der heutigen Rede seines Führers Behnter nicht von sich abwenden kann.

Mit den von außerordentlicher Sachkenntnis zeugenden Ausführungen des Vorsitzenden der Budgetkommission, Dr. Widen (natl.) wurde die allgemeine Finanzdebatte eröffnet. In erster Linie war dieser Bericht ein klares und umfassendes Bild der gegenwärtigen Finanzlage Badens. Diese im Befriedigend, wird aber beeinträchtigt durch die Finanzmiserie des Reichs, welche in recht fühlbar unangenehmer Weise auf die Finanzlage Badens übergeschlagen droht, falls im Reich nicht bald durchgreifendere Reformen Platz greifen. Die beträchtlichen Mehraufwendungen für die Aufbesserung der Beamtengehälter, der Wegfall der Einnahmen aus der Fleischsteuer, die rückständigen und drohenden Matricularbeiträge ans Reich, alle diese Faktoren verbunkeln das Bild der Finanzlage, das sich uns für die nächsten Jahre aufrollt. Im Gegensatz zu den Beschlüssen des Wiesbadener Vortages hält der Vorsitzende der Budgetkommission die Einführung direkter Reichssteuern für eine Gefährdung der Einzelstaaten, die ihren Kulturaufgaben nur solange gerecht bleiben können, als ihnen die direkten Steuern völlig überlassen sind. Den Zeitpunkt, die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln gänzlich fallen zu lassen, hält Dr. Widen für gekommen, der Uebernahme außerordentlicher Ausgaben wie z. B. der Oberheinregulierung auf Anlehen redete er in beherzter Form das Wort.

Den Ausführungen Dr. Widen schloß sich im allgemeinen Dr. Behnter (Ztr.) an, nur daß er die Inaugurierung einer

Anlehenpolitik, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch für den gegenwärtigen Zeitpunkt verwarf. Nach einer objektiven Betrachtung der badischen Finanzen wendete sich der Redner allgemein politischen Erörterungen zu. Aus dem einst so gemäßigten Politiker Behnter hat sich immer mehr der Zentrumsklänge Wader'scher Schule entwickelt, und wenn dieser auch seine Ausführungen in der schonbar leidenschaftlichen Weise macht, die einseitige Betrachtungsweise des Zentrums und der fanatische Doh des großen Redners Wader spricht doch aus jedem Satze. Es ist eine verderbliche Strömung, von der sich gegenwärtig auch die früher gemäßigten Elemente des Zentrums fortziehen lassen. Die Wut des Zentrums über die Großblodpolitik war die Dominante in den Behnter'schen Ausführungen; alles, was auf dem letzten Vortage bereits zum Ueberdruß erörtert worden ist, wurde wieder hervorgebracht und wieder als Beweis gegen Nationalliberalen und Regierung angeführt. Mit der Großblodpolitik wollen wir uns nicht länger beschäftigen, solange nicht ein zwingender Grund für uns vorliegt, aber verwundern muß es doch, wenn das Zentrum heute die gleichen Vorwürfe gegen die Minister Schenkel und Dusch erhebt, die von diesem längst entkräftet sind. So handelt man nicht als ein Mann von Gehmaß, Herr Dr. Behnter! Vor allem nicht gegen einen Minister, der sich persönlich nicht mehr verteidigen kann. So wie heute Behnter gegen Schenkel zu Feld zog, läßt nur der wilde Haß den Menschen handeln. Doch aber ist eine sehr uneheliche Leidenschaft. Die Verhandlungen des Ministers Bodmann mit den Konservativen in der Präsidentenfrage gaben den erwünschten Anlaß, dem verhassten Kandidaten von Konstanz aus dem Jahre 1903 das Wort zu stellen, Herrn von Dusch aber wurde in aller Form die Gefolgschaft des Zentrums aufgelöst und etwas verblümt nahegelegt, sein Portfeuille in andere Hände zu legen.

Korrier in re, faszierte in modo entzogene der Staatsminister Freiherr von Dusch seinem Vorgesetzten; aus unserem Landtagsbericht geht hervor, mit welchem Mißbehagen das Zentrum dieses Verbe nahm. In energischer Weise nahm sich der Minister seines früheren Amtsgenossen Dr. Schenkel an, dessen Fleiß und Pflichttreue und dessen große Verdienste um den badischen Staat er ins hellste Licht rückte. Alle die Vorwürfe, wegen der Großblodpolitik des Liberalismus wies er erneut mit aller Entschiedenheit als unwahre Unterstellungen zurück, indem er sich auf seine Rede im letzten Landtag bezog, in der er gegenüber dem Abg. Ding mit Nachdruck auf die Gefahren der einschlägerigen Politik hingewiesen hatte. Auch das Verhalten des Ministers des Innern, Behr, von Bodmann in der Präsidentenfrage nahm er in Schutz, um dann wiederum in aller Ruhe den Dieb Behnter auf seine eigene Verlogenheit und Unfähigkeit abzuwehren. Es mochte einem tiefen Eindruck, auch auf das Zentrum, als der Staatsminister zum Schluß seiner Rede erklärte, er bleibe nicht an seinem Amte, an das ihn nur seine Pflichttreue und das Vertrauen seines Landesherren; an seiner Pflichttreue aber würden auch die Ausführungen des Abg. Behnter nichts ändern. Das Zentrum hat dem Ministerium Dusch den Feldzug abgebrochen. Das der Staatsminister sich hart genug fühlte, die ihm aufgeworfene Probe durchzuführen, ist das Erfreuliche aus dem Verlaufe der heutigen Debatte.

* * *

2. Kammer. — 16. Sitzung.

Karlsruhe, 22. Jan.

(Schluß.)

Staatsminister Freiherr von Dusch fährt fort:

Abgeordneter Behnter hat im Laufe seiner Ausführungen besonders darauf hingewiesen, daß der Kosten für sogenannte Kulturspende im Budget nicht erhöht werden konnte. Bis her bin ich der Meinung gewesen, daß die Summe in dieser Hinsicht schon weit genug geblieben sei; da dieser Kosten nicht notwendig, sondern nur förderlich ist. Das ist eben der Faktor, welcher das Budget hinaufreibt und daher kann ich dem nicht das Wort reden, daß dieser Kosten hinanzugelegt wird.

Wenn der Abgeordnete Behnter meine, der Mod hätte nicht die Finanzschwierigkeiten gelöst, so möchte ich fragen, ja was ist denn bisher geschehen, wo das Zentrum noch mitmacht? (Zustimmung links, Unruhe im Zentrum.)

Eine Finanzreform zu machen, sei sehr schwer. Das erfahre auch jetzt die badische Regierung, wo es sich darum handelt, zu den neuen Steuererlassen Stellung zu nehmen. Abgeordneter Behnter habe über die Fleischsteuer eine ganz zutreffende Meinung geäußert; auch die Regierung war erfreut, welche Wendung die öffentliche Meinung in dieser Frage vollzogen hat. Was die Frage des Anteils an der preussischen Klassenlotterie anbelangt, so halte ich die Vorschläge des Abgeordneten Behnter vom Standpunkt der Moral nicht gerade für empfehlenswert. Ich habe die Ueberzeugung, daß die neuerliche Verhandlung des Eisenbahnbudgets dazu führen wird, daß künftig nicht so viel Nachträge nötig werden und daß auch bezüglich der Administrativkosten Einschränkungen erfolgen können.

Was die Aufbesserung der Gelehrten anbetrifft, so sollten meines Erachtens die Pfarrdotationen aufhören, sobald die Kirchensteuern im Allgemeinen ausgebaut worden sind. Allerdings in dem jetzigen Uebergangsstadium der Vermögenssteuer wäre es unbillig, das alte Gesetz abzusenken zu lassen, deshalb soll das Gesetz auf eine längere Reihe von Jahren verlängert werden; aber nur das alte Gesetz soll verlängert werden, nicht ein neues Gesetz vorgelegt werden.

Ich möchte mich nun allgemeinen politischen Erörterungen zuwenden. Abgeordneter Behnter hat sich hier in etwas wenig freundlicher Weise ausgesprochen. Ich kann mich dem anschließen, was der Abg. Behnter über den Finanzminister Dusch gesagt hat. Ich bin nicht dem anschließen, was der Abgeordnete Behnter über den Minister Dr. Schenkel gesagt hat, ist jedoch selbstverständlich; ich bin erfreut, daß der Abgeordnete Behnter zwar einige guten Eigenschaften des abgegangenen Ministers erwähnt hat, aber nicht in dem Sinne, daß er freundliche Worte für die gewiß großen Leistungen dieses Ministers gefunden hat, sondern in einem etwas häßlichen Sinne. Sie können nicht erwarten, daß ich mich über die Vorgänge bei der Verabschiedung Schenkels äußere, aber das ist ein Irrtum, daß eine Dr. Schenkel beiläufig worden sei. Das Abschließende Schenkels ist in gegenwärtiger Uebereinstimmung erfolgt und ist aus seiner eigenen Initiative hervorgegangen. Bei allen politischen Gegensätzen hätte die Führung der Behnter'schen Ausführung etwas anders sein können. Nicht ganz so unfreundlich, aber auch nicht recht freundlich war die Bezeichnung des neuen Ministers des Innern. Was die Vorgänge in

Göttliches und Menschliches.

Erzählung von Leo N. Tolstoi. (Uebersetzt von Adolf Geh.)

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Was wünschen Sie?“ fragte Meshenski ihn. Der Greis blinnte ihn an, schlug die Augen nieder und hielt ihm seine kleine leuchtende Arbeitshand hin. „Was wünschen Sie?“ fragte Meshenski ihn noch einmal. „Ich möchte mit Ihnen sprechen.“ „Worüber?“ „Ueber den Glauben.“ „Ueber welchen Glauben?“ Die Leute sagen, Sie hätten denselben Glauben, wie der junge Mann, der in Odesa gefangen worden ist.“ „Welcher junge Mann?“ „Der vergangenen Herbst in Odesa gefangen worden ist.“ „Sie meinen wahrscheinlich Swellogub?“ „Ja, den meine ich. Sie waren sein Freund?“ Der Greis nickte bei jeder Frage mit seinen guten kleinen Augen forschend in Meshenski's Gesicht und schlug sie dann schnell nieder. „Ja, er hand mit sehr nied.“ „Und hatte denselben Glauben?“ „Offenbar“, sagte Meshenski lächelnd. „Nun, darüber möchte ich mit Ihnen sprechen.“ „Was wollen Sie eigentlich wissen?“ „Ich will Ihren Glauben kennen lernen.“ „Unser Glaube . . . nun gut . . . sehen Sie sich“, sagte Meshenski achselzuckend. „Unser Glaube besteht in folgendem: Wir glauben, daß diejenigen Leute die Macht in Händen haben, die das Volk nur äuzeln und bedrücken, und daß wir die unerbitt-

lich gegen diese Leute kämpfen müssen, um das Volk zu befreien, das von ihnen ausgebeutet wird.“ Meshenski gebrauchte seiner Gewohnheit gemäß ein Fremdwort. „Oequäl wird“, sagte er sich verärgert hinzu.

Der alte Bekkerer schlug die Augen zu Boden und seufzte. „Unser Glaube besteht darin, daß wie die despotische Regierung fürzen, um eine freie Volksherrschaft herbeizuführen.“

Der Greis senkte wieder tief auf, erhob sich, plärrte die Falten seiner Kleidung, fiel auf die Knie und schlug zu Meshenski's Füßen mit der Stirn auf den schuppigen Fußboden?

„Was machst Du da auf dem Fußboden?“ „Kopfen Sie mich nicht, legen Sie mir, welches Ihr Glaube ist“, sagte der Alte, ohne aufzusehen und ohne den Kopf zu erheben.

„Ich hab' Sie ja gesagt, worin er besteht. Steht auf, oder ich schleife die Unterhalsung.“

Der Greis stand auf.

„Und das war auch der Glaube des jungen Mannes?“ fragte der Bekkerer, indem er den Felt zu Felt mit seinen guten Augen Meshenski anblickte und dann den Blick wieder niederließ.

„Ja, das war auch sein Glaube, und deswegen ist er aufgehängt, und eben deswegen sitzt er jetzt in Einzelhaft.“

Der Alte machte eine tiefe Verbeugung und ging schweigend fort.

„Nein, das ist nicht sein Glaube“, dachte er. „Er will ihn nur nicht offenbaren. Aber ich will ihn schon weiter suchen. Hier, und auch in Sibirien. Gott ist überall, und Menschen gibt es auch überall. Deine Junge führt dich bis Siew“, fiel dem Alten ein russisches Sprichwort ein, und dann machte er sich wieder an das neue Testament, in dem er die Offenbarung Johannes aufschlug, die Kapitel durchsah, sich ans Fenster setzte und zu lesen begann.

IX.

Es vergingen noch sieben Jahre. Meshenski hatte die Zeit seiner Haft in der Veterenulärstation odgessen und wurde zur Zwangsarbeit nach Sibirien überführt.

In diesen sieben Jahren hatte er viel durchgemacht, seine Ansichten aber nicht geändert, und seine Energie war nicht gebrochen. Während des Verhört der seiner Einlieferung in der Festung hatte er die Untersuchungsrichter und andere Richter durch sein entschlossenes und verächtliches Benehmen gegen diejenigen, in deren Gewalt er sich befand, in Ehrfurcht gesetzt. Dabei empfand er in der Tiefe seiner Seele heiligen Schmerz, infolge der Unmöglichkeit die Aufgabe, die er auf sich genommen, durchzuführen; er zeigte seinen Schmerz aber nicht. Sobald er mit anderen in Verhörung kam, stieg unerbittlicher Stolz in seinen Jannern auf. Er schwieg auf alle Fragen, die ihm vorgelegt wurden und antwortete nur, wenn er einen Gesundheitsoffizier oder den Untersuchungsrichter, die ihn verhörten, ärgern konnte.

Als man ihm, wie das gewöhnlich der Fall ist, mit der Erklärung kam: Sie können durch anfrichtiges Geständnis ihre Lage erleichtern, lachte er verächtlich, schweig einen Augenblick und sagte dann:

„Wenn Sie glauben, mich durch Versprechungen irgend welcher Vorteile oder durch Gewalt dazu zu zwingen, daß ich meine Kameraden verrate, so beurteilen Sie mich offenbar noch sehr selbst: können Sie denn wirklich glauben, daß ich mich nicht auf das Schlimmste gefaßt gemacht habe, als ich an das Werk heranging, wegen dessen Sie mich jetzt verhören? Sie werden mich niemals in Ehrfurcht setzen und mich nicht erschrecken. Machen Sie mit mir, was Sie können und wollen, ich werde dennoch nichts sagen.“

Und es machte ihm Vergnügen, zu beobachten, wie sie sich gegenseitig demüthigt anstarrten.

Als er aber in die Veterenulärstation gebracht und in einer kleinen feuchten Zelle mit einem Fenster aus moctem Holz in

der zweiten Kammer bei der Präsidentschaftsfrage, so will ich nicht darauf eingehen, aber das Ministerium sollte auch noch so viel Bewegungsfreiheit haben, um eine vertrauliche Besprechung mit einer Partei abzuhalten (Zustimmung bei den Liberalen, großer Widerspruch im Zentrum). Die Regierung, wie sie ist und wie sie war, hat sich in ihrer ganzen Tendenz auf einen wesentlich liberalen Standpunkt gestellt und es ist ihr Willkür, daß die mittleren Elemente zurückgewonnen werden. Abgeordneter Lehner zitiert etwas weit, wenn er aus dieser Lausode gleich dem neuen Minister einen Strich ziehen will. Man sollte erst einmal die Taten des neuen Ministers abwarten. Nebenbei hat der Abgeordnete Lehner gesagt, daß er sich in seinem Urteil nicht ausschließlich durch diesen Vortag bestimmen lasse. Ich bin überzeugt über die Art, wie der Abgeordnete Lehner gegen mich vorgegangen ist. Alles, was Lehner aus dem Wahlerlaß hergetragen hat, sind doch Dinge, die auf dem ersten Landtage schon erörtert worden sind, und wenn ich beschuldigt werde, gegen das Zentrum eine scharfe Rede geführt zu haben, so habe ich mich nur in der Abwehr befunden. Wenn jetzt auf die Maßregeln gegen die katholischen Geistlichen hingewiesen wird, so ist das wieder eine Sache, die auf dem letzten Landtage schon erörtert worden ist. Ich habe diese Maßregeln lehrerseitig vertreten und bin noch jederzeit bereit, sie zu verteidigen, aber nicht ich habe die Aktion gegen die Geistlichen eingeleitet, sondern die Geistlichen waren es, welche die Aktion gegen die Regierung einleiteten (Rufe im Zentrum „Ob! Ob!“); ich meine natürlich den „Waldmichel“ (Lachen des Abg. Dietrich). „Was hat denn die Geistlichkeit mit dem Waldmichel zu tun?“ Ich habe immer gebot, daß der Verfasser des „Waldmichel“ ein Geistlicher ist und daß auch der „Waldmichel“ von der gesamten Geistlichkeit verbreitet worden ist. (Zustimmung links, große Unruhe im Zentrum.) Die Regierung ist ungern dazu geschritten, Maßregeln gegen die Geistlichen zu ergreifen, aber ein Ministerium, das dies damals unterlassen hätte, was ich bedaure, das hätte sich unter eine Partei gestellt (Unruhe im Zentrum) und ich glaube nicht, daß sich nach mir jemals ein Minister finden sollte, der, wenn es notwendig ist, die Mittel nicht ergreift, die ihm zu Gebote stehen. (Sehr lebhaft links, große Unruhe im Zentrum.) Meine Vaterstadt der Großblodpolitik hat sich inzwischen soweit verdrückt, daß schon vor wenigen Wochen ein Blatt schrieb, ich hätte dem Großblod behilfen. (Lachen links.) Man hat mir vorgeworfen, ich hätte nicht verhindert, daß der Minister nicht verhindert habe, daß der Großblod zustande kam (Heiterkeit links), eine höchst komplizierte Unterwerfungssache (Lachen links). Wir hatten nie irgendwelchen Einfluß auf die Großblodpolitik. Ich bestritt, daß der Minister Schenkel die Großblodpolitik irgendwie gefördert hat. Ich muß es mit aller Bestimmtheit wiederholen, daß es ein ungerechter Vorwurf ist, den man dem Minister Schenkel und mir gemacht hat. Der Abg. Hinz wird sich erinnern, wie ich ihm vor drei Jahren entgegengetreten bin und auf die Gefahren der Großblodpolitik hingewiesen habe.

Ran ist als einziges Novum der Wahlerlaß vom 4. Januar 1907 angenommen worden. Wahlerlaß werden ja gewöhnlich von einer anderen Seite abgelehnt (Sehr lebhaft links, große Unruhe im Zentrum), wenn aber die Regierung sich erlaubt, einen Erlaß hinauszugeben, so gibt dies zu großen Beschwerden Anlass. Der Erlaß enthält nichts weiter, als die Auffassung der Behörden, was die Wahl tatsächlich zu bedeuten hätte. Es habe ich dabei darauf geachtet, daß möglichst alle Parteien sich an den Wahlen beteiligen. (Unruhe im Zentrum, Lachen des Abg. Dietrich). „Sind wir nicht auch national?“ Ich freue mich, daß mir dieser Zwischenfall Veranlassung gibt, auf diesen Einwand einzugehen. Ich habe das Zentrum noch nie als eine nationale Partei bezeichnet, aber in einer nationalen Frage hat diese Partei aus parlamentarischen Rücksichten die größte Rolle gespielt. (Sehr lebhaft links, große Unruhe im Zentrum.) Wir können ja nicht den Kampf gegen den Reichstag und Reichskanzler hier näher ausrollen. Der Wahlerlaß ist in dem Sinne erlassen, den Elementen, die gewöhnlich zu Hause bleiben, zu sagen, es ist eure Pflicht, an den Wahlen teilzunehmen. Ich meine, die ganze Sache ist außerordentlich aufzuklären worden. Ich bin auch dafür verantwortlich gemacht worden, an welche Behörden der Erlaß gelangt worden ist. Ich besand mich damals nicht in Karlsruhe; es wäre vielleicht besser gewesen, wenn der Erlaß nicht an die Gerichte gegangen wäre.

In den Angriffen des Abgeordneten Lehner findet sich eine Bemerkung aus, die dahin geht, ich sollte meinen Posten verlassen. Ich habe den selben Eindruck gewonnen, der Abgeordnete Lehner wolle, wenn er auch diesen wörtlichen Ausdruck nicht gebraucht hat, doch damit sagen, daß die Regierung das Vertrauen des Zentrums nicht mehr besitzt. Es wird mir hier niemand unterste-

berächtlicher Nähe eingeperrt wurde, da begreift er, daß er hier Jahre und nicht Monate zubringen hätte und wurde von Entgegnungen abgelenkt. Unschicklich war die regelmäßige leblose Stille, unerbittliche Schritte schweigender Menschen, die auf keine Frage antworteten, das Geräusch geöffneten und geschlossener Türen, das Bringen des Essens in regelmäßigen Zeiträumen, die Besuche schweigender Wesen und der Schein der aufgehenden Sonne durch das weiße Glas, kann wieder Dunkelheit und Stille, dieselben unhörbaren Schritte und dieselben Töne. So war es heute, und so würde es morgen sein.

Und der Hof, der keinen Ausweg fand, sagte ihm am Morgen.

Er versuchte, sich durch Klapsen verständlich zu machen, erhielt aber keine Antwort. Das Klapsen bewirkte nur immer dieselben unhörbaren Schritte und dann drohte ihm ein unsichtbares Wesen aus dem dunklen Korridor.

Die einzige Erholung und Beruhigung war für ihn der Schlaf, dafür war das Erwachen um so schrecklicher. Im Traum sah er sich immer in Freiheit und meistens von Interressen in Anspruch genommen, die er mit seinem Leben als Revolutionär für unvereinbar hielt. Bald spielte er auf einer sonderbaren Geige, bald machte er jungen Damen den Hof, dann fuhr er in einem Kahn, ging auf die Jagd, oder er brachte eine gelehrte Arbeit mit, die ihm den Doktor-Grad an einer ausländischen Universität verschaffte.

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konzert-Orchest. Im Hofkapell findet Donnerstag, den 22. d., ein Konzert des Rittersmusikanten Rud. Fries statt. Der berühmte Künstler wird in der Durchführung seines Programms von der Hofoperntrompeten Franz Kiehlner (Gesang), sowie von den Herren Hofmusikanten Singer (Violine) und Hof. Stigmann (Klavier) unterstützt. — Am Freitag, den 24. d., ver-

ben, daß ich ein Kleber bin, aber das erkläre ich; was mich im Dienste hält, das ist mein Pflichtgefühl, dieses Amt solange auszuführen, als mich das Vertrauen meines Landesherrn hält und an diesem Pflichtgefühl können auch die Ausführungen des Abgeordneten Lehner nichts ändern! (Starker Beifall bei den Liberalen, große Unruhe im Zentrum.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Wülfens und Lehner wird die allgemeine Finanzdebatte hiermit abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag den 24. Jan. vormittags 9 Uhr, Fortsetzung der heutigen Debatte.

Im Reichstage

hat es gestern ein wenig gestürmt. Die Sozialdemokratie glaubt die augenblicklich durch ganz Deutschland gehende Wahlrechtsbewegung, die sich keineswegs auf das Proletariat beschränkt, für ihre agitatorischen Zwecke auszunutzen zu müssen, noch ist ja die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat nicht beendet. Man muß also immer neue Vorstöße machen und Zusammenstöße mit der verrottenen bürgerlichen Gesellschaft provozieren. Die ehrsüchtigen Sozialdemokraten, die kein Blatt vor den Mund nehmen, sehen in den Demonstrationen in den Parlamenten und vor den Parlamenten Vorstufen der Revolution. Wir teilen vor einigen Tagen eine charakteristische Äußerung der „Leipziger Volkszeitung“ mit, die schrieb, was sich jetzt in Preußen ereigne, sei ein Mutterbeispiel dafür, wie Revolutionen entstehen. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Sozialdemokratie förmlich den Hof und die Erbitterung schürt und nährt. Jede für die fernbare Wahlrechtsfrage vom Dezember vorigen Jahres. Diese Niederlage hat die Sozialdemokratie keineswegs zur Besinnung gebracht, zur Einsicht, sie ist eher radikaler, revolutionärer geworden, heißungriger auf den großen Händelreich, der dem Proletariat die politische Macht erobern soll. Die halbierete Sozialdemokratie braucht die Erhöhung der Klassen, um ihre Cadres wieder zu füllen und so wurde die Politik der Straße aus der bloßen Theorie in die brutale Wirklichkeit umgesetzt, ganz planmäßig; von einer Zentrale her werden die deutschen Arbeiter auf die Straße geschickt, so weit sie gutmütig und genug in Theorien verannt sind, sich für die Revolutionen viele mißbrauchen zu lassen. Einige nationalsoziale Herren machen freundliche Gesichter dazu, begeistern sich dafür und loben die Loren, die so frei seien von aller Sündensucht; vielleicht löst ihnen aus diesem Lager bald die schöne Phrase von der Bürgerfronte entgegen, die auf den Schlachtfeldern der Straße zu ernten sei.

Der bisherige Erfolg der sozialdemokratischen Demonstrationen waren einige blutige Köpfe und schwere Strafen für die temperamentvollsten Demonstranten. Weder die Sache des Klassenbewußten Proletariats noch die der Wahlrechtsreform ist durch sie um einen Schritt vorwärts gekommen. Weder es auch nicht. Aber zurückgeschleudert werden kann durch die Polizei und die Strafenkavalle, mit denen die Sozialdemokratie wieder emporkommen hofft, zurückgeschleudert werden kann die Entwicklung unseres freiheitlichen Verfassungslebens und unserer Sozialpolitik hinter die Linie, die wir jetzt erreicht haben. Bismarck hat die Sozialdemokratie gestern den größten Feind einer energischen Sozialpolitik genannt, und wir sagen hinzu, der freiheitlichen Weiterentwicklung des Verfassungslebens im Reich und in den Bundesstaaten. Es ist ein ungeheurer gefährliches und frivoles Spiel, das getrieben wird von der völkerverhetzenden Sozialdemokratie. Denn aus den Strafenkavalle blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitern entstehen, wer will da noch entscheiden ob die Polizei oder die Klassen „angekommen“ haben. Es steht Bürgerblut und es kommt allein aus dem Haupt der Revolutionstreiber, auch wenn Herr von Gerlach den Mut lobt. Und um so abscheulicher und frivoler ist das sozialdemokratische Treiben, als einmal in unseren Verfassungs- und unseren gesellschaftlichen Zuständen kein Grund zu bewaffneten Volkserhebungen gegeben ist und als jeder ernsthaftere Zusammenstoß nur jenem altpreussischen Konterbandismus die Steigbügel hält, den man die Reaktion mit Recht und Zug benennt. Es ist gar keine Frage, daß auch die blutigste und wildeste Volkserhebung, auf die die Sozialdemokratie die Klassen heute dreisitt, blutig, schnell und gründlich niedergeschlagen würde. Und dann bräde die goldenen Tage der Reaktion und des Schwarzmoderums an und unter dem Zustand des verstärkten Polizeijunges wird eine liberale Erregungsschicht und eine soziale Hoffnung nach der andern zu Grabe getragen.

anhalten im nämlichen Saal der hier verstorbenen Konzertsängerin Carl Göb ein Wiederabend, dessen reichhaltiges Programm Gesänge von Schubert, Schumann, Brahms, Hugo Wolf, Klug, Busch und Hugo Mann bringt. Beide Konzerte beginnen abends 8 Uhr.

Gr. Hof- und Nationaltheater. Die Intendanz teilt mit: Infolge des durchschlagenden Erfolges der ersten „Brand“-Aufführung wird Herr Hofkapellmeister Paul Wiede vom Dresdener Hoftheater am Mittwoch, den 29. Januar nochmals in der Titelrolle des grandiosen Iphigenischen Dramas auftreten. Als weitere Gastrolle hat er den „Tosca“ gewählt. Das Götische Schauspiel wird dazu vom Intendanten neu einstudiert und in neuerlicher dekorativer Einrichtung zur Darstellung gebracht werden. Beide Vorstellungen finden im Abonnement statt, „Brand“ in C, „Tosca“ in B.

Konzert des Heibelberger Trios. Die Herren Paul Stove (Klavier), Max Post (Violine) und Richard Post (Violoncello) haben bei ihrem gestrigen Konzert in Heibelberg einen großen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Sie beherrschen alle ihr Instrument in großer technischer Vollkommenheit. Hr. Schuberts Trio in B-dur op. 99 leiste den Abend ein und entzückte die zahlreich anwesenden Zuhörer besonders im ersten und letzten Satz. Schubert kann niemals verlangen, daß er in erster Linie Wiederholungsstück ist. Leicht und gefällig klingen die Melodien auch in diesem Werke und zahlreiche musikalische Feinheiten sind darin verborgen. Interessant waren Schallwollers Variationen über ein Klavierschema für Violoncello und Klavier. Der Vortrag bewies schlagend die große Sicherheit und Fertigkeit, mit der Richard Post spielt, andererseits war man aber erstaunt über das alte Spiel an — sagen wir — musikalischen Wertwürdigkeiten. Paul Stove begleitete mit gutem Verständnis. Das Beste des Abends kam zum Schluß; das Trio in B-dur op. 8 von Brahms. Das wunderwolle Werk, das in den einzelnen Sätzen zwar sehr verschiedenartig ist, fand eine begeisterte Aufnahme und trug

Der preussische Staat tat recht daran, als er mit aller Energie die Polizei gegen die Tumultuanten vorschickte, und Herr Hilow tat recht daran, als er gestern die Demonstrationen als gefährlichen Unfug bezeichnete. Preußen-Deutschland wird sich durch Straßenkundgebungen irreführender Massen und höher Köpfe nichts abtragen lassen. Das Vorgehen der Polizei, durch das die sozialdemokratische Demonstration in einem lächerlichen Mißerfolg endete, lag im höchsten Maße im Interesse der Arbeiter und der Freiheit. Es war, wie Bismarck treffend bemerkte, die humanste Maßregel, die man sich denken konnte. Die Bewegung wurde im Keim erstickt und ein schlimmerer Ausbruch verhindert. Es gibt sehr konservative Kreise, die gerne ein Revolutionärschiff wären, in dessen Tumulten ihr Weizen blühte. Der Staat hat vorgebeugt durch die Polizei und die Konfignierung des Militärs, die Demonstrationen zerstückelten und zerplagten wie Seitenhaken, er blieb hart gegen die Revolution und verhielt sich feibel herabsehend über die Unberühmten, man kann er, das ist und die Hauptbede, auch stark bleiben gegen die Reaktion. Er hat erstere niedergehalten mit einfachen, schnellen Maßregeln innerhalb seiner bisherigen Zuständigkeiten, und braucht daher weder die starken Männer noch die starken Ausnahmemaßregeln, die die Reaktion ihm aufdrängen möchte. Er wird sich von der Revolution nichts abtragen lassen, aber auch nichts von der Reaktion.

Wir denken, daß trotz des Radaus der Sozialdemokraten im Reichstag, der die einschüchternde Fortsetzung der mitleidigen Straßenkundgebungen sein sollte, die Worte Hilows und der Führer der bürgerlichen Parteien abkühlend, nicht auf die Nationalsozialen und die Sozialdemokraten, wohl aber doch auf die Arbeitermassen wirken werden, und daß Hilows Warnung, der Sozialdemokratie auf ihrer abschüssigen Bahn zu folgen, nicht ungehört verhallen wird.

Der Weg zu größerer Freiheit der Massen führt heute nicht über die Straße. Das Preußen-Deutschland Wilhelm II. ist nicht das Preußen Friedrich-Wilhelm IV. In den Parlamenten und in ihnen allein haben die Entscheidungen zu fallen, und keine anderen Entscheidungen werden die Regierung und die bürgerlichen Parteien annehmen können. Die Parteien bedürfen nicht der Strafenkavalle, um ihre Stimme vernehmen zu lassen. Die sozialdemokratische Radikalpolitik hat wieder einmal glänzend Blasko gemacht. Nach der Erklärung Hilows weiß die Sozialdemokratie, daß der preussische Staat in jedem ähnlichen Falle genau wieder so handeln würde, unter Zustimmung auch der liberalen Parteien, und daß keine Hoffnung besteht, durch die Kette der Polizei und des Militärs durchzudringen, um den Willen der Straße zum Willen des Parlaments und der Regierung zu machen. Nun ist es aber an den liberalen Parteien, die Massen auf den richtigen Weg zu führen, energisch und geschlossen in irgend einer Form taktischer oder programmatischer Einigung vorzugehen. Gegen die Demonstrationen der Sozialdemokratie sind von den freiheitlichen Parteien als wirksamster Trumpf liberale Wahlerfolge in Preußen auszuspielen, die die Gewähr bieten, daß Hilow über seine Erklärung vom 10. Januar hinausgehen wird. Schließlich wird den Massen dieser unerschütterliche Weg größerer Anteilnahme an der preussischen Gesetzgebung willkommen sein als blutige Köpfe und Gefängnisstrafen.

Bismarck erklärte gestern, die nationalliberale Partei halte unbedingt am Reichstagswahlrecht fest und wolle an diesem Grundpfeiler des Reiches nicht rütteln. Es zeigt den ganzen Tiefstand der politischen Moral der Sozialdemokratie, daß unsere Partei noch immer und immer gegen sozialdemokratische Verleumdungen in dieser Frage sich wehren muß. Die Sozialdemokratie ist keine liberale Kulturpartei, sondern eine Partei des Klassenkampfes zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Diesen Zweck werden auch die unmoralischsten Mittel dienstbar gemacht.

Politische Uebersicht.

Wannheim, 23. Januar 1908.

Zur Krise im Flottenverein.

Erzelenz Gamm erklärt in der „Königlichen Zeitung“ „zum Frieden im Flottenverein“, daß alsbald nachdem die Köpfe und Gemüter ruhiger geworden, in Kassel bereits die bayerischen Führer das Verbleiben der Bayern im Flotten-

den Künstlern starken Beifall ein. Das heutige Konzert läßt für später weitere hohe Genüsse erwarten, besond. wenn nach die letzten geringen Unstimmigkeiten im Zusammenspiel beseitigt werden.

Dora Moran, die Tochter der verstorbenen Sängerin Morand-Oden, ist vom Großherzog von Oldenburg zur Kammerfängerin ernannt worden.

Stieres Kaimkonzert.

An Hina Jonström, die ebenso bedeutende, als begnadete Bühnenfängerin, wurde man gestern ernannt, als eine andere wertvolle Kostigkeit, die Stockholmer Kammerfängerin Ulfhög Schärferum, das Publikum betrat, um uns durch die Nachbarn wunderbaren Gesanges mit einem Gesang in's Hausland der Woche zu versehen. Einmal Kaimkonzert-Schülerin liegt im Weizen und in der Persönlichkeit dieser nichts weniger als kalten, goldbehaarigen beauties da drübe aus dem romantischen Land der Frühjahrs, in dem, wie unsere Literaturerunde wissen, selbst ein A. Th. Björns „Kam Kaim“ seinen im belegenden weiblichen Dämon gefunden hat.

Man muß aus dem Munde der Schwedens Mädeln hinhaltend „Essen“ in den kühnen, geheimnisvollen Tönen Hugo Wolff gehört haben, um das eben Konvulsische ohne weiteres zu verstehen. Selbst an eine essenshafte Vögelchen aus Titanen's Rauberei erinnert, fand beim Jagdierenden, überaus schicklichem Vortrag dieses Liedchens die Sängerin gleich einer Kaimbecker-Kindesgeisterin da, ohne Notwendigkeit, im waldenden meergrünen Parade, mit lebhaftem Gesichtsausdruck, voll ammutigen Mienspiels, das einwärts neugierig Blickwürdigkeit erzählend. „Esse, gelte, du bist genug“, sang es mit schwebendem Kaimgekläuter, von dem Wohlklang eines warmen, rollenden, überhöhen klaren Soprans getragen.

Die Stimme dieser Stockholmer Dora, die gestern, gleich Schiller's „Mädchen aus der Fremde“ jeden nach seinem Verständnis eine Woge brachte, scheint weder nach der Höhe, noch nach der Tiefe eine Frage zu haben. Diesen außerordentlichen himmlischen Umfang

trag stellte, den Ausbruch der Öffentlichkeit auch auf die Rechtsanwaltschaft auszuüben, ist in die: 1. Im Auftrag des Angeklagten, 2. im Interesse der Mannheimer Rechtsanwaltschaft. Es war nach der Information meines Klienten zu befürchten, daß in der Beweisaufnahme auch der Name eines Kollegen genannt wird; ein derartiges Vorgehen sollte auch den Rechtsanwältinnen geheim bleiben. Der Angeklagte stand bereits im Monat Dezember zur Verhandlung. Vorsitzender dieser Verhandlung war Herr Landgerichtsdirektor Waly. Er hatte damals peinlich darauf geachtet, daß auch Rechtsanwältinnen nicht im Sitzungssaal anwesend waren. Es wurde auch damals ein auswärtiger Rechtsanwalt als Zeuge vernommen. Dieser Fall hätte leicht zur Sprache kommen können und ich wollte auch diesen Kollegen schützen. Zum Schluß bemerke ich, daß ich trotz meiner großen Strafprozeß noch nie einen bezügelten Antrag gestellt habe und auch nie stellen werde, wenn nicht berechtigter Interessen vorliegen. Daß man aber oft derartige Anträge stellen muß, die Dritte eventuell als Beleidigung auffassen, dürfte jedem Rechtsanwalt bekannt sein. (Erbfindungs-, Alimentations- und Prozeß-) Keiner disziplinarischen Verfolgung sei ich mit Ruhe entgegen. Bemerkte ich, daß die Verhandlung in keiner Weise etwas ergeben hat, was einen Pflichten Rechtsanwalt verächtlichen Wante.

Zum Fall Brudner. Herr Dr. v. Reichard schreibt und: Bezüglich meiner Befristung in der Abendzeitung von 22. Jan. bitte ich nachzutragen: 2. Es ist unrichtig, daß Rechtsanwalt Waly die Anklageschrift wieder Abfassung einer Verhörschrift mit unterschrieben hat. Wichtig ist, daß ich die Anklageschrift auf Wunsch des Angeklagten zu Gesicht bekam. Ich habe Beweismaterial zu seiner Entlastung als früherer Bekannter des Angeklagten angeboten und erbracht und mußte zu diesem Zweck über Teile der Anklage eingeweiht werden.

Eine ganze Ladung Kohlen unterlag. Der Fuhrmann Julius Philipp aus Wöhringen und der Tagelöhner Wolfgang Fuchs von hier erhielten am 22. November von ihrem Arbeitgeber, dem Kohlenhändler Philipp Schmann, den Auftrag, sieben Wagen Kohlen an eine hiesige Firma abzuliefern. Sie taten so, als ob sie auch den siebenten Wagen im Hofe der Firma abgeladen hätten, erzählten den Ablieferungsbescheinigung und fuhren den 79 Rentner haltenden Wagen nach dem Hause des Vaters des Schred, der ihnen die Kohlen um den Betrag von 45 Mark abkaufte. Ihr wirklicher Wert war 75 Mark. Julius Philipp, der Arrangeur der Sache, wurde in einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen, Wolfgang Fuchs mit seinen nahezu Viertelhundert Vertriebenen zu einer solchen von 8 Wochen verurteilt. Das Gericht hat letzteren soviel Wochen, als der Anwalt Tage beantragt hatte.

Agonisiert. Die bis zur Unkenntlichkeit verhämmelte Leiche eines jungen Mannes, die gestern auf dem Geleise zwischen Redaran und Altrip in der Nähe der Station Altrip aufgefunden wurde, wurde als diejenige eines in Redaran wohnhaften Fabrikarbeiters namens Breinlinger aus Wöhringen agnosphiert und in die Leichenhalle nach Redaran verbracht. Beziehungen zu einer Redarauer Fabrikarbeiterin, die nicht ohne Folgen bleiben, sind die Ursachen dieses Selbstmordes.

Unfalltod. Der auf dem Lagerplatz der Strohbürger Kohlenauflagerungsanstalt auf der Rheinau befindliche Tagelöhner Andreas Stoll, wohnhaft auf dem Stengelhof, veriet gestern Nachmittag in das Getriebe eines Komrades, welches den rechten Arm vollständig zerriß und zerquetschte. Der Verletzte wurde ins Allgemeine Krankenhaus Mannheim eingeliefert, wo ihm der rechte Arm amputiert werden mußte.

Aus Ludwigshafen. Ein Radfahrer hatte gestern Mittag zwischen 12 und 1 Uhr eine Kollision mit der Elektrischen. Er kam aus der Hohlbohrstraße heraus auf die Ludwigstraße und rannte direkt wider den Straßenbahnwagen. Der Mann wurde eine Strecke weit geschleift und erlitt erhebliche Verletzungen. Das Rad ging in Trümmer.

Unwagliches Wetter am 24. und 25. Januar. Für Freitag und Samstag ist bei vorherrschend nördlichen Winden und mäßigem Frost nur zeitweilig neblig, im übrigen trübend und heiteres Wetter in Aussicht zu nehmen.

Vereinsnachrichten.

Das alljährliche Winterfest des Internationalen Zünftersbundes fand am Sonntagabend in den festlich dekorierten Sälen des Volkshauses statt. Das Fest erstreckte sich wie jedes Jahr eines sehr zahlreichen Besuches und nahm wieder einen äußerst hübschen und gemüthlichen Verlauf. Da sich die Müdigkeit nicht bei einem Gastmahl aus dem Bereiche der amüsierenden Schifferdame ausstrahlte zu machen, wurde der Ball durch das jüngste Ehepaar, Herrn Schiffbesitzer Heinrich Kross und Gattin von Kross, eröffnet. 45 Paare folgten. Fräulein Maria Bregel, die Tochter des Herrn Inspektors Bregel, trug sehr eindrucksvoll einen Prolog vor, der während der Zeit mit einem begeisterten allgemeinen Händeklatschen auf Kaiser Wilhelm und Großherzog Friedrich II. schloß. Die junge Dame, die den darauffolgenden Tanz eröffnete, fand reichlich Beifall. Die nach der Pause arrangierte Polonaise wurde von Herrn Schiffbesitzer Ehr. Lehmanneder und Frau angeführt. Weitere 98 Paare folgten. Das Fest endete erst am frühen Morgen, ein sühner Beweis dafür, daß eine verpöhlte Stimmung vorehersehbar. Ruhe und Keller des Volkshausesparatens Wirtz waren vorzüglich.

Gerichtszeitung.

Mannheimer Schwurgericht.

Der Sensationsprozeß hinter verschlossenen Türen ist gestern Abend zu Ende gegangen. Staatsanwalt Jungmann hatte morgens gesprochen und das Treiben des Angeklagten mit den schärfsten Ausdrücken gekennzeichnet. Nach der Aussage erhielt zunächst der erste Verteidiger, A. A. Dr. Köhler das Wort. Er sprach ca. 2 Stunden. Dann plaidierte der zweite Verteidiger, A. A. M. R. Nach der Replik des Staatsanwalts und der Duplik der Verteidigung erfolgte die Rechtsbelehrung. Um 6 Uhr saßen sich die Geschworenen ins Beratungszimmer zurück. Sie erschienen erst nach 2 1/2 Stunden wieder, aber wegen der unrichtigen Beantwortung einer Frage mußten sie noch einmal in die Klausur. Um 9 Uhr wurde dann der Wahrspruch verkündet. Demnach war Brudner der vollendeten Mordtäter in 10 Fällen, davon in 4 bei Verletzung mildernder Umstände, der versuchten Mordtäter in 5 Fällen, worunter einmal ohne mildernde Umstände schuldig befunden worden. In fünf Fällen hatten die Geschworenen die Schuldfrage verneint. Der Staatsanwalt beantragte darauf 12 Jahre Zuchthaus. Die Verteidiger traten für eine mildere Strafe ein.

Während das Gericht sich alsdann zur Beratung zurückzog, wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. In wildem Drängen ließ sich die Menge in den Saal. Aber noch einmal wurde die Ordnung auf die Probe gestellt, erst nach einer vollen Stunde betrat das Gericht wieder den Saal. Todesstille herrschte, als der Vorsitzende das Urteil verkündete. In Anbetracht der schonungslosen und gewissenlosen Aufbebung weiblicher Unerschrockenheit, des verbrecherischen Handeins und der hohen Gefährdung der Existenz der Mädchen wird der Anzeiger zu einer Zuchthausstrafe von 9 Jahren

verurteilt und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt. Von der Unterjuchungshaft wurden 3 Monate auf die Strafe angerechnet. — Der im gerichtlichen Bericht erwähnte Fall des Mädchens, das bei dem Gewalttätigen des Angeklagten so schwere Folgen hatte, wurde als die schwerste Straftat bemerkt und dafür als Einstrafe 4 Jahre Zuchthaus für angemessen gehalten. — Der Angeklagte, der am letzten Tage der Verhandlung merkwürdig zusammengeknallt war, nahm das Urteil mit betroffener Miene entgegen. Die Kosten des Prozesses werden auf mehr als 15000 Mark geschätzt.

Strohburg. 22. Jan. Vor der Strafkammer wurde heute die Anklage gegen den früheren Kassenboten Strohburg, der im September v. J. der hiesigen Siener-Geldscheube 90000 Mark unterschlagen hatte, verhandelt. Strohburg, der nach der Schweiz geflüchtet, aber nach wenigen Tagen dort verhaftet worden war, ist heute zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Von der Strafe kommt ein Monat Unterjuchungshaft in Abrechnung. Seine Begleiterin, ein mehrfach vorbestrafter Franzosiner, erhielt 1 Jahre Gefängnis. Eine Frau D. aus Mannheim, bei der Strohburg einen Teil des gestohlenen Geldes verborgen hatte, erhielt wegen Begünstigung 4 Monate Gefängnis. Das Geld ist bis auf etwa 1000 Mark beigebracht worden.

Winterport.

Schneefahwettlaufen. Bei dem am Sonntag, 20. Jan., beim Kurhaus Haus der Sch. und Schwarzwald v. ranhaltenen Schneefahwettlaufen in der Ortsgemeinde Mannheim-Ludwigshafen die Leistung des Daxerlaufes der v. ranhaltenen Ortsgemeinde übertragen worden. Der 2. ist in offen für Mitglieder der veranlassenden Ortsgemeinde. Drei 6. repräsentiert der Daxerlauf wird vor Beginn des Wetts ab auf 2.15 Uhr vorm. los.

Aus dem Hiesigen. Wie man uns mitteilt, ist die 4 Minuten vom Waldharthaus Johanniskreuz entfernte Nobelbahn über ihre ganze Länge (1100 Meter in 1 1/2 Minuten) fahrbar. Die Bahn ist nicht bereist, sondern reine, schneefreie Schiene mit wechselndem Gefälle und schönem Anblick. Auch wurden neuerdings seitens des Verkehrsvereins Johanniskreuz mittelst der gefahrenen Schiene die verlassenen Karren an der Außenseite erhöht, so daß die Bahn als absehbare Angelegenheit und auch für Anfänger geeignet, bezeichnet werden kann. Etwa 10 Nobel vorhanden.

Anfälle beim Nadeln. Ein sehr bedauerlicher Unfall ereignete sich auf der Nadelbahn im Finger Wald. Vier Jahren alte ein Schützen um. Der Fahrer, ein Schüler des hiesigen Schützenvereins, brach beide Beine.

Aus dem Grossherzogtum.

Reich. 23. Jan. Ein niederträchtiger Streich wurde in der Nacht vom Montag auf Dienstag von 3 hiesigen Burgen verübt, die sich nach Brühl zum Arzte begaben und diesen vorpöbeln, daß eine kranke Frau in Reich dringend ärztliche Hilfe benötige. Der Arzt ließ das Gefährt des Fuhrhalters einspannen und nahm die 3 Burgen in dem Wagen mit nach Reich. Dort angekommen ging die Fahrt zum näher bestimmten Hause, wo sich indessen herausstellte, daß die Frau krankheitsbedingt und der Arzt fälschlich hergeholt worden war. Die Burgen hatten im letzten Moment das Weite gesucht. Das war der Gemeinderat aber noch nicht genug. Der Arzt und der Fuhrhalter begaben sich darauf in eine benachbarte Wirtschaft. Als sie herauskamen, war Pferd und Kutsche verschwunden und konnten trotz eifriger Suchens in der Nacht nicht mehr gefunden werden. Am Dienstag früh, als Herr Karl Weigert von Brühl sich auf der Jagd befand, entdeckte dieser, laut „Schw. Zig.“, im Felde zwischen Brühl und Reich das am Boden liegende Pferd und zwar unter dem aus der ärgste demolierten Fahrwerk. Das Herrn H. Eder in Brühl gehörige Pferd dürfte längere Zeit zum Einspannen nicht mehr tauglich sein.

Badenweiler. 22. Jan. Zu der Nachricht, daß der frühere Besitzer der Hiesigjudenanstalt Badenweiler-Schweidhof, Gaed, mit Hinterlassung von ca. 100 000 Mark Schulden flüchtig ging, wird weiter gemeldet, daß Gaed über die Schweizer Grenze ging. Die in Frage kommenden Gläubiger sind durch eine bereits mit Beschlag belegte Forderung mehr als vollständig gedeckt, erleiden daher keinerlei Schaden.

Von Tag zu Tag.

Dampferzusammenstoß. Amsterd., 22. Jan. Der Dampfer der Amsterdaminie „Dorwin“ rief heute vormittag bei Rotterdamberg mit einem unbekanntem Dampfer zusammen und erhielt am Norderdock ein Loch. Die Passagiere wurden von einem Dampfer des Rotterdamer Lloyd gerettet.

Eine unermessliche Mutter. Prag, 22. Jan. Die 22 Jahre alte Marie Zerof, die ihr eines unehelichen Kind zu Tode gemariert, das andere zum Krüppel geschlagen hatte, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Signalisiertes Erdbeben. Jena, 22. Jan. Heute vormittag 10.3 Minuten wurde ein wellenförmiges Erdbeben von der Stärke von 3 Grad verurteilt.

Beim Eislaufen ertrunken. Strahburg, 28. Jan. Beim Schlittschuhlaufen sind gestern Nachmittag auf dem Kanal der Leinwand Straud vom 19. Pionierbataillon und das Fräulein Mlle. die Tochter eines hiesigen Arztes, eingebrochen und ertrunken.

Sensationsvolle Verhaftung. Stockholm, 22. Jan. Ein Russe, welcher angibt, Vladimir Kruschinsky zu heißen, und der wahrscheinlich an einem im Jahre 1907 in Tiflis verübten Mord von 41 000 Rubeln beteiligt ist, wurde hier verhaftet. Kruschinsky kam am Sonntag von Finnland an und verließ die verschiedenen Banken, 500 Rubel Scheine zu wechseln. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß alle 500 Rubel Scheine zu den 1907 in Tiflis geraubten Serien 62 901 bis 63 000 und 63 701 bis 63 800 gehören. Die Verhaftung erfolgte in dem Augenblick, als Kruschinsky mit dem Sänderpreßwagen abreisen wollte.

Verhängnisvolle Explosion. Budapest, 23. Jan. In der Elektrizitätsanlage der Ganzschen Fabrik entstand gestern Abend eine Explosion, durch welche ein Arbeiter getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt wurden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Essen a. d. R. 22. Jan. In der heutigen Versammlung der Vertreter ist förmlicher Grubenverwaltungen des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks wurde der seit Anfangs der 1880er Jahre bestehende Auswärtiger Versicherungsgesellschaft

verbänd, dessen Vertragsperiode mit dem 1. Februar abläuft, nach einigen Satzungsänderungen auf die Dauer von fünf Jahren verlängert.

Wittingen. 23. Jan. Das Ortsstatut der Stadt Wittingen zur Einführung der Verzugszuschlagsteuer ist von der Regierung genehmigt worden.

Berlin. 22. Jan. Infolge des gestrigen Sturms am Schiffbauerdamm sind heute vier junge Leute, zwei Arbeiter, ein Tischler und ein Bäcker, als Käldeführer und weil sie von dem Neubau am Schiffbauerdamm Steine auf die Schulter geleistet haben, wegen Aufruhrs dem Staatsanwalt vorgeführt worden. Die Arbeiter von dem Bau des neuen Operntheaters, der gestern der Schanplatz blutigen Aufrührer war, erklärten sich bei ihrer heutigen Vernehmung sämtlich als nichtschuldig. Nur andererseits wollen sie die Schanplatzmänner, welche Demonstrationen an dem Verfall des Baues heranzuführen, bei der Arbeit mit dem Spaten an den Weinen gestraft haben.

Wien. 22. Jan. Heute nachmittags fand unter großen Gebränge das Leichenbegängnis des Großherzogs von Toskana statt. Nach der Einsegnung der Leiche in der Hofburg-Kapellkirche bewegte sich der Leichenzug nach der Kapuzinerkirche. In den Straßen bildeten Militär und zahlreiches Publikum Spalten. In der Kapuzinerkirche hatten sich eingefunden: Der Kaiser, die Familie des Verstorbenen, die Erbtöchter und Erzherzogin, Prinz Friedrich Leopold von Preußen als Vertreter des deutschen Kaisers, Prinz Ludwig von Bayern als Vertreter des Prinzregenten von Bayern, der Gelehrte Graf Rex als Vertreter des Reichs von Sachsen, Herzog Robert von Württemberg und Gemahlin, der Vertreter des Papstes, der Fürst von Bulgarien, Diplomaten, Minister, die Epähen der militärischen und Zivilbehörden usw. Nach Einsegnung der Leiche wurde der Sarg in der Kapuzinergruft beigesetzt.

Paris. 22. Jan. Der Deputierte Dubief, radikaler Sozialist, ist von seiner Partei beauftragt worden, aufgrund der neuesten Vorfälle in Marokko die Regierung aufzufordern der Aggressionen treu zu bleiben, weder für den einen, noch für den anderen Spalten Partei zu ergreifen und sich nicht in die innere Politik Marokkos zu mischen.

Haarlem. 22. Jan. Die Agenten der Geheimdienlinie teilen mit, daß in der hiesigen Scholuppe der „Amsterdam“ sich 31 Personen befanden, darunter eine Dame, drei Stewardessen, der Obersteher, zwei Bäcker und ein Metzger. Die Scholuppe führte eine für einige Tage genügende Menge von Wasser und Nahrung mit sich. Auch seien Ruder, ein Segel und ein Kompass vorhanden. Alle Bemühungen, die Scholuppe aufzufinden sind bis jetzt erfolglos geblieben. Inzwischen ist die hiesige Polizei eingetroffen. Falls derselbe sich verziehen sollte, werden die Bemühungen zur Auffindung der Scholuppe nach im Laufe der Nacht fortgesetzt werden.

Petersburg. 22. Jan. Durch das Urteil des Justizdepartements wurde der Senatshilfe des Ministers des Innern, Gurko, vom Dienste entsetzt.

Washington. 23. Jan. (Deutsch-amerikanisches Kabel.) Präsident Roosevelt unterbreitete dem Kongress eine Abfertigung des deutsch-amerikanischen Zollabkommens, sowie den Bericht der Finanzkommission.

Washington. 22. Jan. Die Nationale Vereinigung der Handelsinteressen nahm eine Resolution an, daß nach ihrem Dafürhalten das Interesse des Landes den alsbaldigen Abschluß eines Reiches erfordere, durch welches der Zolltarif der amerikanischen Handelspolitik in die Höhe gelieft werden soll.

Santiago de Chile. 22. Jan. Der Präsident der Republik ist durch Gesetz ermächtigt worden, für den Bau einer Eisenbahn, die den ändersten Norden Chile mit seinem früheren Süden verbinden soll, eine Anleihe aufzunehmen und für die Arbeiten bis zu 7 1/2 Millionen Fund Sterling aufzuwenden.

Nationalliberale Anträge zur Strafprozeßreform.

Berlin. 22. Jan. Dem Reichstage ging eine nationalliberale Resolution ein, die den Reichstag wolle beschließen, den Reichsanzwiler zu erlauben, dem Reichstage im Anschluß an den zu erwartenden Entwurf einer Strafprozeßordnung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das der Strafprozeß einheitlich für das Deutsche Reich geregelt wird.

Berlin. 22. Jan. Dem Reichstage ging eine nationalliberale Resolution Bassermann zu, der Reichstag wolle beschließen, den Reichsanzwiler zu erlauben, dem Reichstage einen Gesetzentwurf betreffend das Strafprozeß, das Strafverfahren und den Strafprozeß hinsichtlich der von jugendlichen Personen begangenen Straftaten vorzulegen.

Die Bahrschildeemonstrationen in Braunschweig.

Braunschweig. 22. Jan. Nach 10 Uhr abends war in der Stadt die Ruhe wieder hergestellt. Vorher kam es noch am Hofweg zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstrationen und Polizei, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Die Schulpunkte wurden mit Flaschen und Steinen besorfen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Es heißt, daß die hiesige Zeitung der sozialdemokratischen Partei die Demonstration auf Anordnung des Berliner Zentralvorstandes ins Werk gesetzt habe. Der Herzog verließ gegen 7 1/2 Uhr das Hoftheater und begab sich zum Schloß, da beschuldigt war, nach Schluß des Theaters eine Kundgebung gegen den Herzog zu veranstalten.

Serb und Pleknaht.

Paris. 22. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Serb protestiert in einem Brief gegen die Indiskretion eines Mitgliedes der Reichstagsabgeordneten, der seine Streichung aus der Reichstagsliste öffentlich bekannt gegeben hat. Er stellt seine Berufung gegen diesen Beschluß in Aussicht, sobald ihm dieser ordnungsmäßig zugestellt sein wird. Serb schließt seinen Brief mit einem leidenschaftlichen Vergleich zwischen der Handlungsweise seiner Amtsgenossen gegen ihn und der liberalen Haltung der Berliner Anwälte, die ein Vergehen gegen Nichtsicht ablehnten.

Krieg in Sicht?

Keinhorst. 22. Jan. Die hiesige ganz ungewöhnlich kurze Rückwanderung von Japanern von der P. sibirischen Küste wird dabei bedeutet, daß Japan seine Reservisten einziehe, da die Japaner jede Angabe von Gründen für ihre Abreise verweigern, aber erklären, sie folgten Befehlen.

Marokko.

Paris. 22. Jan. Nach einer Meldung des Generals b'Amade hat eine bei Du Puits lagernde Abteilung mit einem Bosten des Nachen bei Rabat seine Ablagerung genommen. — Aus Bez wird von 16. ds. Mts. berichtet, daß Om Hami noch der kirchlichen Feier des Ab el Kadir-Festes in einer Rede seine Genugtuung ausdrückte über die Eingkeit der Stämme und der Leute von Bez an Gunsten von Mules Hadid und gegen die Verwundung durch Abdul Kfir, der Marokko an die Christen verkauft habe.

Paris, 22. Jan. Abgeordneter Jaurès äußerte in dem Conseil der Kammer, er halte den Kampf bei Settat für eine vollständige Niederlage des Generals Amade, der in eine Falle gelockt worden sei.

Berliner Drahtbericht.

Berlin, 23. Jan. Aus Petersburg erfahren wir, daß dort der 3. Jahrestag des Blutbades vom 22. Jan. diesmal ruhig verlaufen ist.

Berlin, 23. Jan. Der römische Korrespondent des „Corriere de la Sera“ fandte seinem Blatt ein Telegramm, wonach in Vortigen kirchlichen Kreisen auf eine baldige Wiederherstellung der Reichsregierung mit dem Zentrum gehofft wird.

Berlin, 23. Jan. In dem Prozeß Mollath wurde das Erkenntnis des Gerichts, das etwa 10 Forderungen anführt, nunmehr dem Angeklagten schriftlich mitgeteilt.

Die Sozialdemokratie und die Wahlrechtsreform.

Berlin, 23. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion hat in gestriger Sitzung dem „Vorwärts“ zufolge beschlossen, welche die Vorlage eines Gesetzentwurfes fordert, nach dem im Deutschen Reich, in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit eingeführt werden soll.

Sohonen und Lymar.

Berlin, 23. Jan. Die nichtöffentlichen Verhandlungen gegen die Grafen Sohenau und Lymar vor dem Kriegsgerichte der Gardebataillon begannen gestern nachmittag.

Schlächter. Die Berechnung des früheren Vorkriegs des Grafen Lymar, des jetzigen Schumachers Ido nahm längere Zeit in Anspruch. Ido gilt als ein Opfer des Grafen Lymars.

Volkswirtschaft.

Apr. Badische Staatsanleihe von 1908. Aus Frankfurt-Präsidenten wird und geschrieben: Wären Eindrücke möglicherweise die Veranlassung der Zeichnung der neuen Apr. Badischen Staatsanleihe von 1908.

Wie in Mannheim so fand auch in der badischen Provinz eine starke Heberzeugung der Anleihe statt, wie nachstehende und heute vom 22. d. M. aus Karlsruhe gelaufene Mitteilung besagt.

Baumwollspinnerei Sauer. Der Bruttogewinn für das Jahr 1907 beläuft sich auf den Betrag von 1906 (3192 M.) auf 315 690 M. Zu ordentlichen Abschreibungen sollen 83 852 M. für den Reservefonds 11 427 M., außerdem zu besonderen Abschreibungen Dotation des Spezialreservefonds und vertragmäßigen Rückstellungen 81 533 M., zum Pensionfonds und Gratifikationen 27 000 M. verwendet werden.

Reisekostenauditor. Wie die „Köln. Ztg.“ vom Reisekostenauditor meldet, entspricht die anderweitig verordnete Kontrolle, daß bis am 25. Januar stattfindende Versammlung des Reisekostenauditors eine Erregungsbewehrung der reichsweitverbreiteten Reisekostenbeschränkung werde, nicht den Tatsachen, da das Reisekostenaudit auf Grund seiner Stellung überhaupt nicht in der Lage ist, eine Erregungsbewehrung zu leisten.

Bei 70 Forderungen im dritten Quartal dieses Jahres und gegen 21, 25 315 bei 72 1/2 Forderungen im vierten Quartal 1906.

Der Germanische Lloyd Berlin teilt mit, daß sich seine Geschäftskreise seit 1. Januar 1908 in Berlin NW. 40, Alsenstr. 12 befinden.

Zum amerikanischen Geldmarkt. Aus Washington wird unterm heutigen telegraphiert: Schatzsekretär Cortelyou gibt bekannt, daß er infolge der bedeutenden Besserung der finanziellen Lage begreuen habe, die bei den Nationalbanken deponierten öffentlichen Gelder allmählich in kleineren Beträgen wieder zurückzugeben.

Wasserstands Nachrichten im Monat Januar.

Table with columns: Pegelstationen vom Rhein, Datum (18, 19, 20, 21, 22, 23), and Bemerkungen. Rows include Roonau, Waldshut, Sünningen, Reut., Lauterburg, Marau, Germersheim, Mannheim, Mainz, Bingen, Saub., Soblay, Sain., and Ruhrort.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst, Heilkunde und Vermischtes: Alfred Weichert; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönlcher; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Appel; für den Inseratenteil und Geschäftsstellen: Franz Kircher; Druck und Verlag der Dr. G. Hanschen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.

Kunstgewerbehaus G. F. Otto Müller

Mannheim (Kaufhaus). 70890 Hauptgeschäft Karlsruhe, Kaiserstrasse 134. Vornehmste Auswahl von kunstgewerblichen Gegenständen, Echte Bronzen, Tafel- und Speise-Service, Beleuchtung-Körper etc.

Restaurant „Faust“

Friedrichsplatz 6. Heute Grosser karnevalistischer Abend, wozu höflichst einladet G. Langenberger.

ADLER bicycles advertisement. Includes text: 'Das beste Fahrrad! Wunderbar! leichter Lauf.' and 'Die feinste Marke! „Grösste“ Verbreitung, Staatsmedaillen etc.' with an image of a bicycle.

Minlosches Waschpulver advertisement. Text: 'Berühmt durch Schonung des Leinens, durch blendende Weisse, durch völlige Geruchlosigkeit, durch Billigkeit u. grosse Zeitersparnis beim Waschen.' Includes an image of a man hanging laundry.

Unterricht.

2 Quartaner des Realgymn. zur Bezieh. an einem guten Nachmittagsunterricht. Englische Lessons. Commercial Correspondence. Slavisch u. Gesang-Unterricht. Sprachen-Institut Wörth.

Privat-Handelschule Institut Büchler. Inh. Franz von Bioeden. Unterrichtsgegenstände: Handelsbuchführung, kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Wechsellehre, Schönschreiben, Stenographie, Schreibmaschine etc.

Vermischtes Frauen und Mädchen können sich nach und nach in der Küche erproben. Frau Kalbfleisch.

Sämtliche Juwelenarbeiten mit u. ohne Zugabe der Steine, nach jeder Angabe, alle einschlägigen Reparaturen liefert in bester Ausführung. Juwelierwerkstätte Apol.

Max Schill advertisement. Text: 'Ich bin streng reell und ich reduziere um 20%'. Side text: 'Schluss dieses Räumungsverkaufs nächsten Samstag'. Product list: 'Blusen, Kostümröcke, Jackenkleider, Tailenkleider, Jacketts und Frauenmäntel.' Address: 'Breitestr. 51, 3'.

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung, Mittwoch, den 22. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Bälou, v. Wichmann, Hollweg, v. Schöen, v. Loebell und zahlreiche Bundesratsmitglieder.

Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind gefüllt, auch die Bundesrats- und Diplomatenloge. In der Hofloge ist Generaloberst v. Dohna erschienen.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die Wahlrechtsinterpellation der Sozialdemokraten.

1. Aus welchen Gründen hat der Herr Reichskanzler in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die Übertragung des Wahlrechts auf einen Bundesbeschluss als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet; und
2. billigt der Herr Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts eintreffenden sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zweck etwaigen Eingreifens Militärs in den Kaiserern konstituiert war?

Auf die Frage des Präsidenten Grafen Stolberg, ob und wann die Verbündeten Regierungen die Interpellation beantworteten wollen, erhebt sich

Reichskanzler Fürst Bälou: Ich habe folgendes zu erklären: Zu 1. der Interpellation lehne ich ab, auf die Verhandlungen über die Gestaltung des Reichstagswahlrechts in Preußen einzugehen (Bravo!), da dieser Gegenstand eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preussischen Staates darstellt. (Beifall rechts und links bei den Soz.)

Zu 2. der Interpellation: Auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen sind von der Berliner Polizei am 12. Januar diejenigen Vorschriften ergriffen worden, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf der Straße abzuwehren. Inwieweit Truppenteile in den Kaiserern aufgestellt worden sind, ist dies in Ausführung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können. (Bravo! rechts.) Ich muß hiernach die Verantwortung der Interpellation ablehnen. (Bravo! rechts.)

H. D. Es ist hier gestern von neuem zu Zusammenkünften zwischen einer demonstrierenden Menge und der Polizei gekommen. Dabei mußte wieder von der Waffe Gebrauch gemacht werden. (Stürmische Zwischenfälle bei den Soz., Großer Lärm. Der Präsident Schöningh erregt die Glode.) Gegenüber diesen Vorfällen habe ich das Bedürfnis, von dieser Stelle aus unabhängig von der vorliegenden Frage als Reichskanzler ein Wort erster Abhandlung in das Land hinauszulassen. (Lebhafte Zwischenfälle bei den Soz.) Von der rechten Seite der laute Ruf: Ruhe! Weiter! Die Polizei ist auf die Straße gekommen. (Sehr richtig! rechts.) Die Parteien bedürfen nicht der Strafentlastung, um ihre Stimme vernommen zu lassen. (Unruhe bei den Soz., Ruf: Und das preussische Abgeordnetenhause!) Die Straße gehört dem freien Verkehr. (Unruhe bei den Soz.) Das verlangt das Gesetz der öffentlichen Ordnung. Dieses Gesetz als das höchste anzuerkennen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet. (Stürmische Unterbrechungen der Soz.) Dem Geheiß Achtung zu verschaffen, und wenn es sein muß, zu erzwingen, ist die Befugnis der Behörden. (Beifall rechts.)

Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird zurückgewiesen werden. (Stürmischer Beifall rechts, Gelächter und Geschrei der Soz.) Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren das Recht auf die Herrschaft über die Straße in Anspruch nehmen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Demonstrationen einer irregulären Menge (Stürmischer, langanhaltender Beifall rechts, ebenso stürmischer Widerspruch der Soz.) einer pflichterfüllten Regierung irgend etwas abtrotzen könnten. (Erneuter Beifallssturm rechts, stürmische Schelte und Geschrei bei den Soz.) Das wird in Deutschland nie und nirgends der Fall sein. (Beifall rechts.) Ich habe die Überzeugung, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig sein werden in der Verurteilung und Zurückweisung (mit erhöhter Stimme) dieses gefährlichen Unsinns! (Stürmischer Beifall rechts, heftige Entrüstungsdemonstrationen der Soz.) Die sozialdemokratische Partei hat mit den Demonstrationen vom 12. Januar eine abschüssige Bahn beschritten. (Lebhafte Zustimmung rechts, Geschrei der Soz.) (Mit erhöhter Stimme) Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen, und ich richte namentlich an die Arbeiterbevölkerung die ernste und aus einem wohlmeinenden Herzen kommende Mahnung (stürmischer Beifall rechts, stürmischer Widerspruch rechts) — ich meine es besser mit den Arbeitern als Sie! (Beifall rechts, großes Geschrei bei den Soz.) — Ich richte an die Arbeiterbevölkerung die ernste Mahnung, sich nicht vom Wege des Gesetzes und der Ordnung abdrängen zu lassen und nicht für Parteifanatismus und Heber die eigene Haut zu Markte zu tragen. (Stürmischer Beifall rechts, Geschrei der Soz.) Die Folgen würden nicht die Regierung, würden nicht die Behörden treffen, sondern die Antifisten und Verführer! (Stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses, heftiger Widerspruch bei den Soz.)

Die Rede des Reichskanzlers wird von großen Kundgebungen auf ganzer Dauer begleitet. Die Abgeordneten drängen sich nach vorn, fast die ganze sozialdemokratische Fraktion ist von den Plätzen aufgesprungen.

H. Singer (Soz.) beantragt die Besprechung.

Präsident Graf Stolberg stellt die Unterhändlungsfrage.

Es erheben sich mit der Sozialdemokraten die Polen, die Freisinnigen und ein Teil des Zentrums. (Hohngelächter der Soz.)

Der Reichskanzler verläßt mit den beiden Staatssekretären, sowie sämtlichen Mitgliedern des Bundesrats und Kommissaren den Saal.

Das Wort erhält unter großer Lärme des ganzen Hauses

H. Kretz (Soz.): Was geht uns die formale Verächtlichkeit zur Konfignierung des Militärs an? Einige hundert Mann sind auf der Straße gewesen. Schon haben Sie nicht das Recht dazu? (Stürmischer Beifall der Soz.) Aber das alte Volksgesetz: von der Marktschranke, von der Kronprinzenerede nimmt man sie rechts oder links in die Mitte! (Lachen und Widerspruch rechts.) Das ist auch die Darstellung des Berliner Tageblatts. (Geschrei rechts.) Ist einer unter Ihnen, der, wenn er unter vier Augen gestellt wird, den Mut hat zu sagen, daß das Berliner Tageblatt, das auf bürgerlichem Standpunkte steht, hat sich nicht genau wie wir, wie die Dinge gekommen sind und wie einfach die Sache und Unschonheit und Nervosität eines Volksgewaltigen die Sache verurteilt hat. Wie wollen Sie die Verantwortung im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter rechtfertigen?

(Hört! Hört! und stürmische Zurufe der Soz.) Da bringt die Polizei auf sie ein, sagt sie die Treppe hinauf und attackiert auch die Beamten, die ihr Hausrecht wahren wollen. Und da kommt der Reichskanzler her, verteidigt den Gebrauch der Waffe und verspricht, daß wir seinen Worten glauben! (Geschrei und Lärm der Soz.)

Die Polizei gehört nicht auf die Straße! Die Straße gehört dem freien Verkehr! Sehr richtig — wer hat die Polizei auf die Straße getragen am 25. Februar u. A. (Stürmischer Beifall der Soz.) Hat da nicht der Kanzler selbst zu mittlernächtiger Stunde zu den Zentren geredet? Hat nicht der deutsche Kaiser vom Balkon seines Schlosses eine Ansprache gehalten? (Großer Lärm, Geschrei der Soz.) Der Kaiser hat ja nur den Wunsch gehabt, er wollte mehr Volk leben! (Geschrei und Beifall der Soz.) Wer wie der Kanzler im Glockenhause sitzt, wer selbst Versammlungen unter freiem Himmel abhält, der soll nicht herkommen und soll nicht Moral predigen — derselbe Mann, der an die Offiziere die Aufforderung gerichtet hat, die Geleise zu brechen (Große Unruhe) — beim Durchbruch, (Geschrei, H. Kretz (Soz.): ruf: Ich kann Sie nicht verstehen! — Der Präsident erhebt am Ende.) Ah, Herr Kretz, für Sie rede ich auch gar nicht. (Geschrei.) Von seinem wahren Willen über diesen Mann, der Reichskanzler! Ah, da lachen die Arbeiter über diesen Mann, der Militärs konstituiert, um sie zu hindern, mit ihren Klassen-genossen für das allgemeine Wahlrecht zu demonstrieren. (Stürmischer Beifall der Soz.) Nun höhn über den Reichskanzler noch die Heuschrecke! (Unruhe, Präsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.) Mit seinem wohlmeinenden Herzen geht er in den Landtag und tritt ein für das öffentliche Wahlrecht. Wir machen über diese Redensarten.

H. Kretz spricht nun zu der Interpellation. Zu freisinnigen Anträgen und auch in der Begründungsrede im Abgeordnetenhause war vom „Reichstagswahlrecht“ nicht die Rede. Ein Diplomat wie Bälou wählt die Ausdrücke sorgfältig; er wird also mit seiner damaligen Antwort eine besondere Rücksicht verbunden haben. Wenn er die Verfassungsgrundsätze des Reichs außerhalb des Reichstags herbeibringt und herabsetzt, so ist das mit dem Amt des Reichskanzlers nicht zu vereinbaren und zugleich eine Verletzung des Reichstags. (Beifall der Soz.) Es ist eine Aufforderung an alle Freunde des Reichstagswahlrechts, diese Reichstagswahlrecht auch öffentlich zu betonen. Die Konterpartien machen ja auch gar kein Hehl mehr aus ihrer Feindschaft. Graf Kretz forderte im Herrenhaus direkt zu einem Staatsverbrechen auf und die „Hamburger Nachrichten“ haben ebenfalls mit diesen Worten den Verfassungsverbruch verlangt. Und da ist kein Reichstagswahlrecht gekommen und hat sie wegen Hochverrats verklagt! Was ist denn eigentlich bei uns Staatswohl? Eine politische rücksichtslos und wirtschaftlich überlebte Klasse, die preussische Junkerklasse, die auf Kosten der Allgemeinheit und auf den Kosten der Allgemeinheit lebt, verlangt alles für sich und das nennt man dann: „Staatswohl!“ (Lachen rechts.) Diese Klasse hat jeden Minister, der wirtschaftlich anders dachte, von seinem Sessel heruntergeworfen. Alles zum Wohle des Staates, zum Wohle des Vaterlandes! (Lachen rechts.) Und doch auch der Liberalismus, der eigentlich die liberalen Mission hätte, diesen Kampf gegen das Junkertum zu führen, verweigert hat, haben die Arbeiter den Namen aufgenommen und werden ihn weiterführen. Es wird mitunter so viel von Menschlichkeit gesprochen. Diese Reichstagswahlrecht einbringen nur dem Segen der Interessentpolitik des preussischen Reiches und der Interessentpolitik des preussischen Junkertums. Dieser Gegensatz zwischen Nord und Süd ist auch nicht mehr getrennt worden als durch die Erklärung des Ministerpräsidenten im preussischen Landtag. Eine solche Erklärung, wie sie in den Worten des Reichskanzlers für die süddeutschen Staaten liegt, ist noch gar nicht dagewesen. (Stürmischer Zustimmung der Soz.) Was sollen die Vertreter der süddeutschen Staaten zu einer solchen Kritik verfassungsmäßiger Grundzüge der süddeutschen Staaten von Seiten des Reichskanzlers? Was sind das diese Herren für Hilfe, beschützende Leute! Süddeutsche Parteien haben sich für das Reichstagswahlrecht ausgesprochen, und nun kommt der Reichskanzler und gibt ihnen eine Lektion, daß dieses Wahlrecht dem Staatswohl widerstrebe. (Sehr laut bei den Soz.) Auch die süddeutschen Volksvertreter werden sich die Krone vorzulegen haben, ob sie noch eine Volkspolizei unterliegen können, die in erster Linie darauf hinzielt, die Unabhängigkeit der Bundesstaaten zu verhindern. Das Reichstagswahlrecht dem Staatswohl widerstrebe, mag der Reichskanzler in Verteidigung des Dreiklassenwahlrechts zu sagen, von dem kann ein preussischer Junker erklärt hat: „Wir haben keine schlagwürdigen Gründe!“ Und doch beruht von dem Reichstagswahlrecht auf dem Reichstagswahlrecht, die mehr als 300 000 Stimmen ausgebracht hat, seinen einzigen Vertreter hat, die Konterpartien auf etwa die gleiche Anzahl 140 Abgeordnete. Das Reichstagswahlrecht soll auf Volk, Bildung und Steuerkraft aufbauen sein. Eine rechtliche Aufhebung, bei der der preussische Ministerpräsident in der Willkür in der dritten Klasse wählen muß und der Reichstagswahlrecht in der ersten Klasse und die Vorklasse in der ersten. (Hört! Hört!) — und gegenüber einem solchen Wahlrecht hat der Reichskanzler erklärt, daß das Reichstagswahlrecht dem Staatswohl nicht entgegenstehe! Ein sonderbarer Verzicht zum Staatswohl! (Beifall rechts.) Man muß schon sehr sehr heuchlerisch sein, um auch nur den Mut zu haben, in der Öffentlichkeit einen solchen Standpunkt zu vertreten. Ah Gott, wäre doch Fürst Bälou nur ein einziger Mensch in seinem Leben ein moderner Mann gewesen! (Stürmischer Zustimmung der Soz.) Das ist derselbe Mann, der zur Sicherung der geheimen Wahl die Wahlrecht einführte hat. Derselbe Mann, der erklärt hat: Ich kann die Einführung des geheimen Wahlrechts nicht in Anbacht stellen! In einem Lande, wo sonst der kleinste Volkspolitiker registriert in Sachsen, da ist doch wenigstens die ardeine Stimmabgabe. Selbst Preussens, Sonderstaaten und Volkes leben in dieser Rücksicht hoch über Preußen. Wo auf Hammerstein und der Reichskanzler niedersteigen, um Gründe für die öffentliche Stimmabgabe zu finden! Die Konterpartien werden sich immer in die Brust und reden von dem Mut, offen seine Stimme abzugeben und jubeln dem Reichskanzler zu bei einer solchen Brutalitätierung der Arbeiterklasse. Sie, die Sie immer über den Terrorismus der Sozialdemokratie schreien, (Geschrei rechts.) Sie wehren und gegen das Unrecht, gegen die Gewalt. Sie haben nichts zu ihrer Entschuldigungs als Ihre brutale Waffe. (Stürmischer Beifall rechts.) Warten Sie nur ab, Sie sollen gelehrig Schaller an und haben: Hoffen Sie nicht, daß Sie einen Terroristen vorwerfen. (Lachen rechts.) Und der Reichskanzler, dieser moderne Mann, dieser liberale Mann (Geschrei der Soz.) — er stellt sich auf diesen Standpunkt! Warten Sie und auf den Antifisten König von Preußen. (Hört! Hört! links.) Das geheime Wahlrecht, sagte er im Reichstag, ist ein

Schutz der Schwachen gegen die Starken. (Hört! Hört!) Vielfach werden Leute veranlaßt, andere zu wählen, als sie beabsichtigen. (Hört! Hört! der Soz.) Es gibt gewissenlose Meinungen genug. (Hört! Hört!) Man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlrecht besteht, mit dem der größte Teil des Volkes zufrieden sei. (Hört! Hört!) — und der Reichskanzler sagt: es vertritt sich nicht mit dem Staatswohl! (Stürmischer Beifall der Soz.) Seit das Deutsche Reich besteht, hat sich kein Reichskanzler so mit der Volkvertretung und mit den Funktionen im Süden in Gegensatz gebracht. Ah nein, ein liberaler Mann war Fürst Bälou nie; auch nie ein moderner Mann, er war vielmehr auch nie konservativ, er war auch nie agrarisch — er ist nur der Vertrauensmann, der Agent der Herren dort drüben. Das soll er sich auf seinen Grabstein setzen lassen.

Wenn die preussischen Freisinnigen und die süddeutschen Demokraten jetzt noch so verständig auf den Liberalismus dieses Mannes hören und ihm Hofmann rufen — gut, sie mögen es tun; sie werden ja von ihren Wählern die Antwort erhalten. Sie werden auch keine Lehre aus der Vergangenheit ziehen. Wie hat sich die Ehrfurcht des Reichstagswahlrechts quillert! Er wollte noch etwas Erreuliches in der Antwort des Reichskanzlers erblicken. (Hohngelächter bei den Soz. und im Zentrum.) Ein süddeutsches Blatt hat ihn am besten charakterisiert: Der kleine Meise kommt zu seinem Vorgesetzten: Totterleben, Totterleben, der Herrsch! hat mit mir gesprochen! — Na, Meise, was hat der Herrsch gesagt! — Geh weg, Du brackiger Jud, hat er gesagt! (Schallende minutenlange Heiterkeit.) Ein großer politischer Moment zeigt ein so schwaches und schwächliches Geschlecht wie die Freisinnigen, und sie haben nicht einmal die Entschädigung für sich, daß sie von der Erklärung des Ministerpräsidenten überführt worden sind. Sie haben schon am Abend vorher die Erklärung zur Kenntnis erhalten. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Sie haben jetzt vor der Frage der politischen Weiterentwicklung als selbständige Partei. Sie befinden sich in der Rolle eines Mannes, der sein ganzes Geschäft und seine ganze Reputation ruinieren hat. Schon in ihren eigenen Angelegenheiten und in ihrer eigenen Presse arbeitet man nicht mehr mit. Die „Freisinnige Zeitung“ unterschlägt und unterdrückt ja allerdings diese Verurteilungen. (Lachen bei den Soz.) Auch das Zentrum hat eine sehr zweideutige Haltung eingenommen. Als Sozialdemokrat müßte es mich freuen, daß sich keine andere Partei dazu bereit findet, den Arbeitern das Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen. Ich spreche aber nicht vom Parteistandpunkt der gesamten Arbeiterklasse. Wir sind bereit, jede Hilfe entgegenzunehmen, sie muß doch erst gemeint sein. Ritter erklärt jetzt nach einmündiger Rede: Ich bin nun mit dem ersten Teil meiner Rede fertig. (Rufe des Entsetzens und Geschrei.)

H. Kretz spricht jetzt über die Straßendemonstrationen. Was bleibt den vom Wahlrecht Ausschließenden übrig, als diese Propaganda? Selbst Kaumann hat das gefragt. Wenn die Straßendemonstrationen misslingen, der werde ich gegen die Straßendemonstrationen nicht aufgeben. (Geschrei rechts.) Ah, das Berliner Tageblatt! Daß Sie mit dem „Berliner Tageblatt“ nicht zufrieden sind, Herr Reichskanzler, das glaube ich kaum. Wer so photographiert wird, wie Sie im „Berliner Tageblatt“, der schämt immer darüber. (Große Heiterkeit.) Wer ein Wort hat, das ihm nicht gefällt, der schämt auf den Kaiser. (Heiterkeit.) Gerade das „Berliner Tageblatt“ hat sich so gegen die Straßendemonstrationen ausgesprochen. Ihre eigenen Parteigenossen aber, Herr Reichskanzler, die Exzesse seien von der Polizei gar nicht prozessiert worden. (Beifall rechts.) Der Kaiser wollte ja mehr Volk sehen; er braucht bloß die Schutzmannschaft um das Volk aufzuheben.

Am 26. Januar hat er das tollwütige und angemessene Verhalten der Schutzmannschaft geübt. Die schließlichen und keinem dankbaren Dank voll und ganz an. Damals ist die Polizei von der Straße fern gehalten, hat die Versammlungsteilnehmer ganz ruhig nach Hause gehen lassen. Der Redner rief die Schilderung eines Augenzeugen aus dem „Berliner Tageblatt“. So gut wie die Antifisten und sonstigen Patrioten die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ singen dürfen, so gut dürfen die Arbeiter die Arbeitermarktschranke singen. Schüsse sollen gefallen sein, aber so lange die Polizei mir nicht erteilt, wer den Schutz abgegeben hat, frage ich: cui bono? — Unter Hört! Hört! Hört! der Sozialdemokraten berichtet Ritter von Vogelsheim. Einem solchen Manne, der am lautesten rufend durch die Friedrichstraße zog, haben die Arbeiter eine Wache auf den Rücken geworfen, um ihn als Antifisten zu kennzeichnen. Anderwärts sind politische Sitten der Schutzmannschaft gekommen. Anderwärts sind politische Straßendemonstrationen allgemein bekannt. Wir wollen das Risiko auf uns nehmen, diese Straßendemonstrationen auch in Zukunft zu betreiben. (Beifall rechts.) Das ist eine Frage der politischen Bildung. Wenn wir diese Straßendemonstrationen noch nicht haben, so ist das ein Beweis der Rückständigkeit Deutschlands. In Deutschland haben die Arbeiter sich durch die friedlichen Demonstrationen das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Ich mag von der Regierung so schlecht denken, wie nur möglich, ich würde aber nie glauben, daß ein preussischer Ministerpräsident das Verbrechen begehen könnte, auf harmlose auf der Straße marschierende Arbeiter (Schreien zu lassen. Das ist nur noch in Anbacht möglich. Wenn die Regierung die Demonstrationen nicht will, so mag sie den Willen des Volkes erfüllen. (Beifall der Soz.) In seinem Entwurfsbericht hat Bälou die deutsche Arbeiterklasse die intelligenteste der Welt genannt. Warum verweigert er ihnen das Wahlrecht, das die bürgerlichen, bürgerlichen und bürgerlichen Arbeiter besitzen? Wie lassen und die bisherigen Zustände nicht mehr länger bestehen. Die Möglichkeit und die Selbsthaltung der Regierung und der Junker müßten zu einer anderen Politik führen, damit die Arbeiter nicht mehr als Delaten im preussischen Staat zu gelten haben. Das preussische Volk, die preussischen Arbeiter werden von ihrem Kampf nicht ablassen, bis sie ihr Recht bekommen. (Beifall rechts bei den Soz., Hört! rechts.)

H. Kretz (Soz.): Die Wahlrechtsfrage der Bundesstaaten ist Sache der Einzelstaaten. Darum lehnen wir es ab, über die Wahlrechtsfrage zu erörtern. (H. Singer: Na natürlich!) Die Interpellation soll ja nur die Frage verhandeln, daß diese Straßendemonstrationen so erbärmlich ins Wasser gefallen sind. (Lachen der Sozialdemokraten.) Der Interpellant will nicht, daß zwischen den Befugnissen des Reichskanzlers in seiner Eigenschaft als Reichskanzler und seiner Eigenschaft als Ministerpräsident Kontradiktion besteht. (Geschrei der Sozialdemokraten) ein großer Unterschied besteht. Der Reichskanzler hat zum preussischen Landtage genau so wenig Befugnisse wie zu einem anderen Landtage, dem bayerischen, württembergischen oder badischen. Sie haben nicht das Recht, einen einzelnen bürgerlichen Minister zur Verantwortung zu ziehen. Das ist konventionell. Damit habe ich den ersten Punkt der Interpellation erledigt. Was den zweiten Punkt anlangt, so

das höchste Ansehen beim Volk genießt. Ich war erstaunt, als ich die Interpellation zu Gesicht bekam; ich hielt die ganze Angelegenheit für einen verfrühten Karnevals-Scherz. Ich erst konnte man die Sache nicht nehmen. Es ist unrichtig, wenn Leute, die unangesehen für das Recht eintreten, sich hier in einer solchen Weise aufspielen. Wir stehen genau auf dem Standpunkt des Reichstagslers, wir werden von dem Rechtsstandpunkt in keiner Weise abweichen. Wir Mitglieder des Reichstags... (Der Redner liest, er verliest, begleitet vom Gelächter der Sozialdemokraten, aber offensichtlich von einem Unwohlsein befallen, die Tribüne.)

Abg. Schröder (fr. Bsp.): Ich halte die Frage der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten nicht für so schwer, wie sie offenbar dem Redner geworden ist. (Gelächter.) Sie ist außerordentlich einfach. Wir lassen hier doch keinen Zweifel, wir besprechen eine Angelegenheit, die zweifellos für das deutsche Reich von großer Wichtigkeit ist. Es kann für das Reich nicht gleichgültig sein, welches Wahlrecht in Preußen ausgedeutet wird. Ich kann in dieser Beziehung den besten Willen ausdrücken, die der Abg. Träger hier vorgebracht hat. Die preussische Regierung ist jederzeit selbst dafür eingetreten, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht dem Reich gegeben würde, weil sie wollte, daß das deutsche Volk vorwärts kommt. Bismarck sagte sich, wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir dem deutschen Volke das allgemeine Wahlrecht geben. Seit dem Wähler des jetzigen preussischen Wahlrechts sind nun lange Jahre vergangen. Das preussische Volk hat eine große Entwicklung genommen. Es gibt heute in den unteren Klassen Männer, die mindestens ebenso viel vollstän- digen Verstand besitzen, wie die der ersten Klasse. Die Verhältnisse sind nicht so, wie sie aber noch nicht in der Lage, ihre Meinung in geordneter Weise zur Geltung zu bringen. Es liegt im Interesse des Staates, daß wir dazu übergehen, ein Wahlrecht zu beschließen, das einen großen Teil unserer Bevölkerung einbezieht. Der preussische Ministerpräsident ist zu gleicher Zeit deutscher Reichstagsler und der Vizepräsident im preussischen Ministerium Staatsrecht. Preußen ist also eine entscheidende Stütze auf die Regierung im deutschen Reich. Ein preussisches Ministerium, das aber mit dem Abgeordnetenhaus nicht leben kann, ist unmöglich, wenigstens schon nach kurzer Zeit. Wir im Reich sind also abhängig von einem Ministerium, das wieder vom preussischen Abgeordnetenhaus abhängig ist, das in sehr vielen Fällen auf einem ganz anderen Standpunkte steht als wir, und das die Interessen Preußens vertritt und nicht die des Reiches. Als Deutsche und als Preußen haben wir aber ein lebhaftes Interesse daran, daß im preussischen Ministerium nicht zwei Seelen wohnen, von denen die preussische immer die Oberhand hat. (Beifall links.)

Auch Bismarck hat oft erklärt, daß er als Reichstagsler in Preußen gar nichts zu sagen habe. Wir haben ein Interesse daran, daß zwischen diesen Richtungen Klarheit geschaffen wird. Wenn das Abgeordnetenhaus, das auf das preussische Ministerium einwirkt, in derselben Weise zusammengeführt wird, wie der Reichstag, dann ist es möglich, daß beide ungefähr auf demselben Standpunkt stehen, sonst nicht. Es handelt sich bei der ganzen Sache nicht nur um das Wahlrecht, sondern um eine Kulturfrage. Wir wollen nicht nur der Sozialdemokratie die Agitation dafür überlassen. Der Reichstagsler sollte sich ernstlich die Frage überlegen, ob es geht, die bisherigen Zustände aufrecht zu erhalten. Es wäre keine Aufgabe gewesen, zu erklären, daß er jetzt von der Notwendigkeit der Einführung des Reichstagswahlrechts noch nicht überzeugt ist, daß er aber in ruhiger Arbeit daran gehen wollte, allmählich das bestehende preussische Wahlrecht zu ändern. Das wäre ein Fortschritt gewesen, und den Parteien wäre es überlassen geblieben, weiter für die Frage zu agitieren und für weitere Verbesserung zu sorgen. Es ist Pflicht der Parteien, dafür zu arbeiten, daß die Frage des Wahlrechts in ganz Deutschland erörtert wird, damit sie vorwärts kommen. Die bisherigen Zustände sind auf die Dauer nicht zu halten. Es ist besser, wenn die Regierung vor 10-12 Jahren, was sie auf immer noch nicht zurückgeben kann. Das Vertrauen zu der Politik des Reichstagslers ist in weiten Kreisen des Vaterlandes durch sein Verhalten in der Wahlrechtsfrage erschüttert worden. Was in unserer Verhandlung wurde angesetzt, in der schärfsten Weise gegen den Reichstagsler aufzutreten. Es waren ruhige, verständige Männer, die das verlangt haben. Die große Mehrheit hat gegen ihn, und es wurde erklärt, daß es anders werden müsse, daß wir sonst kein Vertrauen zu ihm haben können. (Hört, hört!) Was die Sozialdemokraten anlangt, so glaube ich, daß niemand, auch die Sozialdemokraten nicht, daran glauben, daß sie damit einen Umsturz im Volke herbeiführen werden. Auch in anderen Ländern soll durch diese Demonstrationen nur gezeigt werden, daß ein Teil der Bevölkerung für gewisse Dinge ein hohes Interesse hat. Die Polizei hätte vielleicht auch mit etwas mehr Ruhe den Demonstrationen zusehen sollen. (Sehr richtig links.) Ähnlich sind Demonstrationen nicht, da unsere Polizei leider noch nicht auf dem Standpunkte anderer Länder steht, wo man gegen ruhige Demonstrationen nicht weiter einschreift. Darum bin ich ganz damit einverstanden, wenn man vor solchen Demonstrationen warnt, namentlich jetzt in der Zeit der großen Zahl der Arbeitslosen. Ich will mit dem Wünsche schließen, daß das Wahlrecht in Preußen, dessen Aenderung auch die Nationalversammlung, wenn auch nicht ganz in unserem Sinne, fordern, doch über kurz oder lang eine Verbesserung erfahren. (Beifall links.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Bsp.): Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß der Reichstagsler an einem Herzleiden erkrankt und mit dem Krankenstande des Hauses noch dauernd gefahren worden ist. Danach wird wohl der Kollege Schröder seine den Kollegen Abg. verlebende Neukennung richtig stellen. Er kann sich bei seinem Kollegen Dr. Wagnan, auf dessen ärztliche Anordnung der Kranke nach Hause gefahren worden ist, erkundigen. Zur Sache habe ich das Wort nicht ergriffen, weil wohl die wenigen Worte des Abg. Kille genügen dürften.

Abg. Schröder (fr. Bsp.) zur Geschäftsordnung: Ich habe festzuhalten nicht gemeint, daß der Abg. Kille erkrankt war. Sonst würde ich den leichten Scherz nicht gemacht haben.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Bsp.) zur Geschäftsordnung: Ich danke dem Abg. Schröder für die Richtigstellung. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden wissen, daß der Abg. Kille ein sehr gewandter Redner ist und daß ein Entschließen in technischer Hinsicht bei ihm ausgeschlossen ist.

Abg. von Bayer (Südd. Bsp.): Ich schließe mich dem herzlichsten Wünsche an, daß Herr Kollege Kille sich recht bald wieder erholen möge. (Sehr allgemeiner Beifall.) Durch die Erklärung des Reichstagslers ist ganz unverkennbar die öffentliche Meinung in Süddeutschland in eine ganz außerordentliche Erregung geraten. (Lebhafte Zustimmung links.) In einem Zustand direkter Empörung versetzt worden. (Hört, hört links.) Wir Süddeutschen haben das allgemeine Wahlrecht seit Jahren liebgewonnen und haben die Erfahrung gemacht, daß es sich gut mit ihm regieren läßt. (Hört, hört links.) Es hat überall gut funktioniert und hat nirgends auf Abwege geführt. Darum ist es durchaus begründet, daß sich in Süddeutschland eine große Entrüstung über die geradezu despotische Behandlung dieses Wahlrechts durch die preussische Regierung erhoben hat. (Süddeutscher Beifall links.) Wir empfinden das, nachdem wir unser Wahlrecht so lange haben, als einen höheren Lohn und fragen uns, ob wir denn leichtfertig oder gewissenlos bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts gehandelt haben. (Lebhafte Zustimmung links.) So hätten die preussische Regierung und der Reichstagsler nicht erden lassen, schon deswegen nicht, weil es so klingt, als ob man verächtlich ein Verdict über das Reichstagswahlrecht hat aussprechen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Und erst gar die Ablehnung der geheimen Wahl! Das wird bei uns als ein Stück politischer Rivalität betrachtet. (Sehr richtig links.) Die beliebte Einrede, daß es sich hierbei nur um preussische Fragen handle, verfehlt bei uns nicht. Wir müßten doch blind sein, wenn wir nicht den Zustand der Dinge, die Abhängigkeit der Reichspolitik von der preussischen Politik erkennen würden. (Sehr richtig links.) Und wir verlangen, auch hierbei unsere Meinung ausgesprochen zu dürfen. Man hätte sich doch viel mehr mit dem Doppelverbot des Ministerpräsidenten und Reichstagslers befassen müssen, das je nach Belieben zum Nutzen der gegenwärtigen Tagespolitik die eine Volksvertretung gegen die andere ausspielt. (Sehr richtig rechts.) Das Interesse der Süddeutschen für die preussische Wahlrechtsfrage wird nicht erlöschen, als das preussische Wahlrecht in eine gewisse Gleichmäßigkeit mit den anderen deutschen Einzelstaaten gebracht wird. Die Erklärung der preussischen Regierung hat aber ein Gutes gehabt. Sie hat wie ein Licht die ganze Situation erleuchtet. Wenn ich mir vorstelle, daß der Reichstagsler gelang hätte: Ja, ja, ja — das werden wir schon machen (große Heiterkeit), dann hätten sich unsere autmütigen Mitglieder in Preußen wieder einmal beschuldigen lassen. (Seitens links und sehr richtig.) Die Preußen sind in dieser Frage viel zu spät aufgetaucht und haben jetzt wirklich keine Zeit mehr zu verlieren. (Sehr richtig links.)

Es ist erfreulich, daß jetzt in Preußen mobil gemacht werden soll. Aber als nicht förderlich kann ich es ansehen, wenn der von unserer Fraktionsgemeinschaft eingesetzte Ausschuss zur Prüfung des Wahlrechtsamtes von der Sozialdemokratie übernommen wird. (Sehr richtig bei den Freisinnigen.) Esch wollen wir die Demonstrationen aus dem Wahlrechtsamt heraus nicht erlösen. Sie werden viele Leute, die den guten Willen gehabt haben, an der Wahlrechtsfrage mitzuarbeiten, durch die gewaltsamen Mittel abgedrängt haben. (Sehr richtig.) In unseren gegenwärtigen Verhältnissen sind derartige Straßenaufzüge nicht notwendig. Die Arbeit in den Vereinen und Versammlungen ist ein besseres und nachhaltigeres Mittel, um Aufführung in die Massen zu bringen, als derartige Demonstrationen, bei denen man doch immer mit einer gewissen Gefahr rechnen muß. So lag und so mächtig ist auch die sozialdemokratische Parteileitung in Berlin nicht, daß sie die feinsten Elemente zurückhalten könnte, die sich bei derartigen Veranstaltungen nicht um ideeller politischer Fortschritte willen, sondern aus ganz anderen Gründen hervordrängen. Was geschieht, wenn diese aus ihren Schlafstätten hervorkommen, oder wenn andere Zwischenfälle eintreten, z. B. politische Angriffe, mit denen doch gerade Sie, meine Herren Sozialdemokraten, bei Ihrer Auffassung von der Wichtigkeit der politischen Polizei rechnen müssen. (Sehr gut!) Ich kann den Eindruck nicht loswerden: Wer derartige Dinge arrangiert, übernimmt eine ganz außerordentlich große Verantwortlichkeit gegenüber denjenigen, die er aufsteuert, gegenüber den Beamten, die darunter zu leiden haben gegenüber vielen Unbeteiligten, die ohne Versehen in die Sache hineinkommen und aus dem ganzen Gemeinwesen gegenüber, das Anspruch darauf hat, in seiner Ruhe nicht weiter als notwendig gestört zu werden. Die Sozialdemokratie wünscht von uns einen Label der Konfiguration des Militärs. Man soll nicht mit dem Knäuel spielen, oder sich nachher nicht beklagen. (Lebhafte Zustimmung und Hört, hört!)

Und nun noch zwei Worte zur Situation. Der Reichstagsler hat einen bösen Tag gehabt, als er die unglückliche Erklärung in ihrem unglücklichen Wortlaut im preussischen Abgeordnetenhaus abgab. Dennoch hat er niemals einen Schritt auf ein liberales preussisches Wahlrecht zurückgewichen; oder er hat doch durch seine allgemeinen Erklärungen und seine Stellung gegenüber den liberalen Fortschrittlichen überhaupt jedenfalls das bewirkt, daß die Leute wenigstens das erwartet haben, was auch ohne jede Erklärung hierheraus ganz einfach im normalen Gange einer jeden fortwährenden Entwicklung in Preußen ohnehin nicht mehr länger hätte ausbleiben können, nämlich die Konstituierung der allgemeinen Abstimmung. Daß er auch das der Bevölkerung vorenthielt, war ein Fehler, der in den weitesten Kreisen, soweit ich die Dinge verfolgen kann, das, was er an Vertrauen in der letzten Zeit gewonnen hat, vielfach direkt ins Gegenteil verkehrt hat. (Hört, hört!) Wollten wir in der deutschen Volkspartei den Anregungen und Wünschen folgen, die in dieser Richtung an uns in der letzten Zeit herangekommen sind (Hört, hört!), so müßten wir mit einem sensationellen Akt uns wieder der rein grundsätzlichen Opposition zuwenden. (Hört, hört!) Das lehnen wir ab; wir wissen, welche Zusammenstöße mit einer derartigen oppositionellen Stellung verbunden sind. (Gelächter.) Wir können es ab, das Gegenteil derjenigen Politik von nun an zu treiben, die wir aus guten Gründen ein ganzes Jahr geführt haben. (Gelächter der Sozialdemokraten.) Das habe ich zu erklären, daß unser Interesse an der Weiterführung der Politik ein ganz kleines geworden ist. (Hört, hört!) Wir werden das, was wir aus dieser Erklärung gelernt haben, bei jeder einzelnen Entscheidung der nächsten Zeit in die Waagschale zu legen haben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Korfaus (Sole): Diejenigen Parteien, die für das allgemeine gleiche Wahlrecht kämpfen, werden uns stets an ihrer Seite finden. (Beifall.)

Abg. Zimmermann (Reform): Wir stehen auf dem Boden des Reichstagswahlrechts und bedauern den ablehnenden Standpunkt der preussischen Regierung. Die Straßendemonstrationen sind eine Warnung der russischen Szene. Auch in Sachsen haben wir solche gehabt. In Dresden haben aber während der Demonstration die sozialdemokratischen Führer bei einem freudigen Umarmen (Lärm der Sozialdemokraten) dem Reichstagsler die gleichen und gebührenden Dank ausgesprochen, daß man sich nicht, daß die Regierung dagegen ist. (Lärm der Sozialdemokraten.) In Interesse der Ordnung müssen wir uns aber gegen solche Provokationen wehren. Es bleibt aber immer richtig, daß für den sozialen Fortschritt und für die politische Freiheit die Sozialdemokratie der schärfste und gefährlichste Feind ist. (Beifall.)

Abg. Wetterlé (Fr. Bsp.): Die Sozialdemokraten haben hier bei der Annahmehinterfragung den Fehler gemacht, daß sie sich nicht auf die Wahlrechtsfrage bezogen haben. Lassen sie sich gelassen, dann hätte der Reichstagsler keinen Vorwand gehabt, für die Verantwortung der Interpellation zu entscheiden. Für die Wahlrechtsfrage ist nämlich der Reichstag in allen Sachen unabhängig. Den Sozialdemokraten gebe ich daher unerschütterlich das Rezept, jedesmal an einschlagende Angelegenheiten zuerst zu denken. (Gelächter.)

Ein Vertagungsantrag wird hierauf angenommen.

Persönlich befreit Abg. Kille (fr. Bsp.) dem Abg. Richter gegenüber, daß er materiell etwas Entscheidendes an der Erklärung des Ministerpräsidenten im Landtag gefunden und daß ihm der Dank abgestattet zu haben. Wenn der Abg. Richter das behauptet, so muß ich annehmen, daß er entweder aus Neugier geschäftig hat, die Beweise in diesen Dingen eine Prüfung bedürfen haben, oder daß, wenn er meint, er habe meine Rede gelesen, er etwas unvorsichtiger hier vorgebracht habe, es das subjektiv oder objektiv unangeht. (Beifall links.)

Abg. Richter (Soz.) bezieht sich auf den „Soz.“. Abg. Richter (fr. Bsp.) erklärt es für eine große Unbilligkeit, daß Richter sich nicht antilichem National beklagt habe. Er habe an der Erklärung Killes absolut nichts Entscheidendes gefunden. (Beifall links.) Er wird sich nur gelassen, daß der preussische Ministerpräsident seit 60 Jahren sich endlich einmal materiell mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt habe. Wenn Richter weiter bei seiner Behauptung bleibe, so müsse er ihm die Absicht untersuchen, was die Unwahrscheinlichkeit zu sagen.

Präsident Graf Stolberg schlägt für Donnerstag 1. die folgende Tagesordnung vor: Schluß des Reichstags, Verhandlungen, Haltung des Reichstags, Reich- und Gewichtsordnung.

Abg. Singer (Soz.) bittet, seiner Partei Gelegenheit zu geben, auf die vielen Angriffe zu antworten. Er schlägt vor, die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Die Mehrheit des Hauses stimmt für die Tagesordnung des Reichstags. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmen neben den Sozialdemokraten das Zentrum und von der freisinnigen Vereinigung Böttcher, Doorn, Göttsch und Neumann-Peters.

Schluß des Tages.

Prima Neapler Blumenkohl Kopf 18 Pfg. S. Wronker & Co. In Körben von 18 Stück der Korb 2.95 Mk.

Zwangs-Versteigerung. Freitag, 24. Januar 1908, nachmittags 2 Uhr. In der Wohnung des Bauherrn... Piano und Möbel aller Art... Verloren. Geb. Tausend U.S. nach Schell...

Turnverein Mannheim. Eintragsverein. Sonntag, 26. Januar d. J. fabel eine Tages-Turnfahrt nach Weinheim... Der Vorstand.

Berein „Kaiserliche Marine“. Mannheim. Einladung. In der am Sonntag, 2. Februar 1908, abends 7 1/2 Uhr, in den Sälen des Ballhauses stattfinden... Masken-Balle. Der Vorstand.

Reklame-Schriften u. Firmen-Schilder. H. Seebacher, Maler. Ehemalige Cabjau gew. Stadtschreiber. Poutarden, Capucinen. Lou's Loebert.

Vermischtes. Heirat. Gute Witwe... Heirat. Witwe... Heirat. Witwe...

